

7 29/12

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 5/6, und durch Kolportage zu beziehen. Preis vierteljährlich Mf. 2.50, 3/40 Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen Mf. 2.50, frei ins Haus Mf. 2.92, wo keine Post am Orte, Mf. 3.34.

# Volkswacht

für Schlessen, Posen und die Nachbargebiete.

Abbestellungsbedingungen für die einjährige Vorbestellung: über deren Namen 20 Pf. Rückständige 40 Pf. Diebstahl unter Zug. 10 Pf. Anfertigung für Arbeitsmarkt 15 Pf. Rückständige 25 Pf. Vereins- u. Veranlassungs-Anzeigen 15 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 8 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 23.

Breslau, Dienstag, den 28. Januar 1913.

24. Jahrgang

## Aufmarsch!

Folgender Fanfarenstoß für den Landtagswahlkampf geht uns zur Veröffentlichung zu:

Der Termin für die kommende Landtagswahl ist so gut wie festgelegt und die politischen Parteien treten in die Arena. Wenn das Geschehen auch nicht die Heftigkeit wie bei den verflochtenen Reichstagswahlen erreichen wird, so werden doch die organisierten Massen und ihre Vertreter nicht unversucht lassen, die Wahlen zu einem Volksgericht zu gestalten. Hochendliche Schläge gegen den Bau des preussischen Polizeistaates werden verkündet, daß das arbeitende Volk gewillt ist, der preussischen Junkerherrschaft über kurz oder lang zu Leibe zu gehen.

Wegesehen von dem „elendesten aller Wahlsysteme“ hat die Sozialdemokratie wohl selten einen Wahlkampf unter so günstigen Umständen gekämpft als diesmal. — Ungeheure Lebensmittelpreise, schwindelhafte Wohnungsmieten, allgemeine Arbeitslosigkeit und Elend, brohende große wirtschaftliche Kämpfe — das sind unsere Helfershelfer im Kampf gegen die preussische Reaktion. Ist es ein Wunder, wenn angesichts der so aufs beste gerüsteten Sozialdemokratie den bürgerlichen Parteien Schwulst zumute wird?

Im Vordergrund des Wahlkampfes steht die Forderung nach einer durchgreifenden Reform des preussischen Wahlrechts. In erster Linie ist dieser Kampf ein Wahlrechtskampf und doch zugleich ein Protest gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung überhaupt. Die arbeitenden Klassen wissen genau, daß der bürgerliche Junker zugleich der Befehlshaber der Reichsregierung, der preussische Schutzherr zugleich der Scharfmacher im Reichstag ist. Die Front, gegen die wir zu kämpfen haben, ist aber eine bedeutend breitere, als dies der erste Ansehens zeigt. Unser Kampf gilt nicht nur der preussischen Reaktion, sondern jeder Ausbeutung, jeder Unterdrückung — dem Kapitalismus überhaupt!

Die Sozialdemokratie erhebt deshalb lauter als je ihre Forderungen, treu dem Ziele, das wir uns gestellt: Befreiung des Kapitalismus, Aufhebung der Klassenherrschaft und des Elends und lauter als je fordert sie ein freies politisches Leben. Es ist im Wesen der geschichtlichen Entwicklung selbst begründet, daß der Sieg unser ist. Alles andere sind nur Zeitfragen. Das Bewußtsein ihres Elends und der Ausbeutung und damit die Empörung der Massen steigen stetig. Der Gedanke des Sozialismus als Befreier aus den Banden des Kapitalismus und seiner Helfershelfer gewinnt immer mehr an Ausbreitung, weht in den Massen nach dem Osten und schmiebet sie immer fester zusammen. Bereits hat der Kapitalismus seine besten Blüten entfaltet. Die Produktivität der Arbeit ist ins Ungeheure gewachsen, so gewaltig, daß ganze Völker in höchstem Wohlstand ihre Kräfte den kulturellen Bedürfnissen der Gesellschaft zur Verfügung stellen könnten, die Dividenden steigen ins Unermessliche, die Konzentration des Kapitals wird immer stärker und ermöglicht es, daß eine Handvoll Menschen die Fäden des gesamten Wirtschaftslebens in der Hand halten. Bedenkt man, daß heute Unternehmungen, die 200 Prozent und mehr Dividende ihren Aktionären in den Schoß werfen, keine Seltenheit mehr ist, während die Millionen, die jene Reichtümer schaffen, in den erbärmlichsten Verhältnissen zu leben gezwungen sind, so wird man es verständlich finden, daß die unterdrückten ausgebeuteten Massen planmäßig auf eine Umgestaltung der Gesellschaft hinarbeiten. Wohl kennt man in den herrschenden Kreisen die Not und das Elend des Proletariats, aber zeigt man den Willen zur Besserung? Als die preussische Regierung durch unsere Vertreter interpelliert wurde, was für Maßnahmen man gegen die herrschende Fleischnot zu ergreifen gedenke, da empfahl man den darbedenden Massen — Werbefleisch, das ja so billig und schmackhaft sei. Man gestatte zur Not noch den Hohn! Nun wohl, ihr wohlgenährten, mit ministerlichem Werbefleisch gemästeten, in höchstem Wohlstand lebenden Proletariat, zeigt ihnen, daß ihr dieses Komödientenspiel auch recht zu würdigen versteht. Die Sozialdemokratie führt den Kampf um ihr Ziel aufrecht und selbständig. Sie versucht, die politische Macht zu erobern, um mit Hilfe derselben die Produktionsmittel den Händen Weniger zu entwenden und sie in die Hände der Gesamtheit zu überführen. Um dieses Ziel zu erreichen, benutzt die Sozialdemokratie jedes mit ihren Grundanschauungen vereinbare Mittel, das ihr Erfolg verspricht. Sie lehnt deshalb ein Zusammengehen mit einer bürgerlichen Partei keineswegs grundsätzlich ab, wenn ihr ein solches zur Durchführung irgend welcher kultureller Aufgaben notwendig erscheint. Gerüstet mit den Waffen, die uns die kapitalistische Gesellschaft liefert, ziehen wir in den Kampf, wohl wissend, daß es Großes gilt. Hinweg mit jenem Scheinparlament — her mit dem allgemeinen, freien und direkten Wahlrecht, fort mit jeder Ausbeutung und Unterdrückung — das sei die Lösung, unter der wir den Wahlkampf führen werden.

Das Proletariat wird bei den kommenden Wahlen zu zeigen haben, daß es versteht, dem Forderungen von Menschenrechten genügenden Nachdruck zu verleihen. Es wird kundgeben müssen, daß es gewillt ist, die Fäden selbst zu ergreifen. Möge der Tag der Wahl ein Tag der Abrechnung werden.

## Abbruch der Friedensverhandlungen?

Der Balkanbund beruft die Delegierten ab.

London, 27. Januar. In der gestrigen Sitzung, die die Friedensdelegierten der Balkanstaaten abhielten, um über eine prinzipielle Stellungnahme zu den Ereignissen in Konstantinopel zu beraten, wurde beschlossen, die Friedensverhandlungen abzubrechen. Der Beschluß der Balkandelegierten wird wahrscheinlich heute den türkischen Delegierten mitgeteilt werden.

Während in Konstantinopel, wohin sich seit Freitag aller Augen richten, noch alles in Vorbereitung ist und bei äußerlicher Ruhe die veränderten Aktionspläne erst im engen Kreise der neuen Diktatoren besprochen werden, kommt aus London die Nachricht, daß der Bruch der Friedensverhandlungen unvermeidlich scheint. Der Balkanbund hat ein begriffliches Interesse daran, den neuen Herren zu neuen Plänen nicht allzuviel Zeit zu lassen, sondern „Wenn schon, denn schon“, das Unvermeidliche sofort herauszufordern, ehe sich die wirren Verhältnisse in der türkischen Hauptstadt konsolidiert haben. Denn während die Regierung Schesket's sich durch Vorstellungen und Besuche bei den Botschaftern als geschäftsfähig darzutun bemüht, droht von der Thakalabschaltlinie die Gegenrevolution der alltürkischen Truppenteile. Allen diesen Entwicklungen gegenüber geben sich die Mächte, wenigstens äußerlich, einem starken Optimismus hin. Die „Königliche Zeitung“ meldet j. B. offiziös aus Berlin:

„Nach ohne förmliche Abrede zwischen den Großmächten ist anzunehmen, daß die Mächte sich zunächst zu den Ereignissen in Konstantinopel abwartend verhalten und der neuen Regierung eine gewisse Zeit zur Verantwortung der Kollektionen lassen werden. Wir glauben nicht, daß die französischen Meinungen über eine Klotten- und Gebung der Großmächte mit der Meinung der französischen Regierung übereinstimmen. Wir halten eher die aus Paris vorliegende Pressemeldung für zutreffend, nach welcher die Politik Frankreichs darauf gerichtet ist, ein Sondervorgehen ein-einer Großmacht zu vermeiden und notwendige Schritte als Willensäußerungen Europas vorzunehmen zu lassen. Für eine Flotten- und Gebung ist ein einstimmiger Beschluß des Mächtekonferenz nicht herbeizuführen. Es ist wenig erproblich, daß der „Lebens“ einem arabischen Schriftsteller seine Spalten öffnet, der die kleinasiatische Frage aufwirft. Die Meinungen über ein Sondervorgehen in Richtung auf Armenien werden durch das bisherige Verhalten Russlands nicht bekräftigt. Für eine Aenderung dieser Haltung liegen bis jetzt keine Beweise vor. Die Meldungen der „Wiener Allgemeinen Zeitung“ über Abmachungen Englands, Russlands und Frankreichs über eine Teilung der asiatischen Türkei im Interessengebiet möchten wir mit mehr als einem Fragezeichen versehen.“

Dasselbe bestätigte dann noch einmal deutlicher die „Nordd. Allgem. Ztg.“, wenn sie schreibt:

Das Wichtigste für die weitere Behandlung der Orientkrisen ist die Bewahrung der Einigkeit unter den Großmächten und die Fortsetzung ihrer gemeinsamen Arbeit zur Wiederherstellung des Friedens. Dazu gehört vor allem das Festhalten an der bisher beobachteten Neutralität. Tatsächlich besteht kein Grund zur Annahme, daß einzelne Mächte das Konzert verlassen wollen, um in die Entwicklung der Dinge im Orient nach eigenem Ermessen einzugreifen. Für ein gemeinsames Auftreten Europas kommen Zwangsmaßnahmen gegen die Türkei nicht in Frage. Sie würden mit den Grundgesetzen der Neutralität nicht in Einklang stehen und könnten bedenkliche Folgen haben. Es bleibt im Interesse der Einigkeit unter den Großmächten, nur das Weitergehen auf dem Wege gemeinsamer diplomatischer Einwirkung, um neue Feindseligkeiten zu verhindern oder, falls unmöglich, sie örtlich und zeitlich einzuschränken.

an dem das Proletariat zeigt, wie es die Früchte des vergangenen Landtags zu würdigen weiß.

Die Landtagswahl sei ein klammernder Protest gegen Junker- und Pfaffenwirtschaft, gegen jedes Dunkelmännertum. Ein jeder muß selbst ein Agitator sein. Geht in die Fabriken, Werkstätten, in die Häuser und agitiert für Eure Ideen, agitiert für Euer geistiges Nützigen: Eure Zeitung. Tue ein jeder seine Pflicht. Und dann

Vorwärts — durch Kampf zum Sieg!

## Politische Uebersicht.

### Sozialdemokratische Kritik im Reichstage.

Die Hoffnungen des Präsidenten, daß der Etat des Reichsamts des Innern mit dieser Woche zu Ende beraten würde, haben sich nicht erfüllt. Das war, trotz aller Anstrengungen und trotz der gestrigen Dauer Sitzung, auch nicht zu erwarten. Denn gerade diese Debatte bietet die beste Möglichkeit an der künftigen Unvollkommenheit der

Es bleibt zu hoffen, daß die deutschen offiziellen Kreise deren Haltung man durchaus nicht billigen müssen, sich nicht läuschen, vor allem nicht über Russland und seine zweideutige Haltung. Vom Balkan selbst liegen heute noch folgende Nachrichten vor:

### Die Stimmung der Jungtürken.

Konstantinopel, 26. Januar. Die höheren Beamten stellen werden wieder mit Anhängern des Komitees besetzt. Es veranlaßt auch, daß sämtliche Offiziere der Liga, die in der Thakalabschaltarmee Kommandostellen innehalten, ersetzt worden sind. Weiter wird gesagt, daß der frühere Sultan Abdul Hamid unter der neuen Regierung nicht mehr in Konstantinopel verbleiben, sondern nach Konia gebracht werden soll. Man spricht ferner von der Möglichkeit einer inneren Anleihe zur Deckung dringender Ausgaben. Einflußreiche Mitglieder des Komitees sollen bedeutende Summen zur Verfügung stellen. Außerdem soll unter der Bevölkerung eine Subskription eröffnet werden.

Konstantinopel, 27. Januar. In diplomatischen Kreisen die über die Stimmung im Kabinett Mahmud Schesket Paschas gut informiert sind, will man wissen, daß die Unmöglichkeit, daß die Türkei erneut die Waffen ergreifen könne, zu überzeugen begünne. Aus diesem Grunde soll auch von dem neuen Ministerium bereits der Plan erwogen worden sein, mit Bulgarien eine Einigung über Adrianopel herbeizuführen, wonach zwar Bulgarien der Besitz Adrianopels eingeräumt, zugleich aber auch die Sicherheit der künftigen Grenzen garantiert wird, indem zum Beispiel die Festungswerke Adrianopels geschleift werden.

### Militärische Gegenrevolution?

Konstantinopel, 27. Januar. Im Lager von Thakalabscha bereitet sich eine Gegenrevolution vor. Wie verlautet, hat Tscherkess Abul Pascha, der Kommandant des vieren Armeekorps, ein Landsmann und Freund des ermordeten Kriegsministers Nafim Pascha, eine von vielen Offizieren der liberalen Militärs unterzeichnete Proklamation an den Großwesir Mahmud Schesket Pascha gesandt, worin dieser aufgefordert wird, mit dem gesamten Kabinett des Komitees abzutreten, widrigenfalls würde er, Tscherkess Abul, mit seinen Tscherkessen Kurden und Arabern auf Konstantinopel marschieren und das Kabinett stürzen.

### Bulgarien wartet ab.

Sofia, 26. Januar. Alle Informationen aus Regierungskreisen bestätigen, daß die Regierung entschlossen ist, die weitere Entwicklung der Ereignisse in Konstantinopel ruhig abzuwarten und den Großmächten etwaige weitere Schritte zur Förderung des Friedensschlusses zu überlassen. Erst wenn das neue türkische Kabinett die Abtretung Adrianopels verweigern sollte, würden die Verhandlungen abgebrochen und der Waffenstillstand gelündigt werden.

### Enver Bei beim deutschen Botschafter.

Eine Konstantinopeler Depesche der „Königlichen Zeitung“ teilt mit: „Nachdem der neue Großwesir sämtlichen Botschaftern hat versichern lassen, daß die Ordnung liberalsten strengstens gesichert werde, und daß das neue Kabinett nicht die Wiederaufnahme des Krieges, sondern vielmehr die Fortsetzung der Friedensverhandlungen auf einer erneuten Basis beabsichtige, hatte Enver Bei nach Mitternacht mit dem deutschen Botschafter eine zweistündige Unterredung. Die Botschafter und Gesandten traten vor-mittags zusammen. Die Abwesenheit des deutschen Botschafters wurde bemerkt.“

deutschen Sozialpolitik die notwendige Kritik zu üben. Die heutige Sitzung hat wiederum gezeigt, wie unentbehrlich die scharfe Ueberwachung dieses wichtigsten Gebietes der deutschen Gesetzgebung ist. Die bürgerlichen Parteien waren zwar sehr zurückhaltend darüber, daß in ansehnlichen Reihenfolge die Redner unserer Fraktion austraten, aber dieses reiche Beschwerdematerial muß an die Öffentlichkeit dringen, soll Deutschland wirklich in Fragen der Sozialpolitik an der Spitze marschieren.

Außerordentlich wirkungsvoll waren die Darlegungen des Genossen Schumann über die wirklich bedrückenden Verhältnisse im Seefischfanggewerbe. Die Katastrophe der „Atlant“ gab ihm Veranlassung, die deutsche Parallele zu ziehen, die keineswegs beruhigend ist. Der Ministerialdirektor v. Fonquiere's und namentlich der Fortschrittler Herr Dr. Sediger, der ja als sozialpolitischer Leiter der „Vapag“ zu diesem Kapitel hinwehren mußte, versuchten allerdings, die sozialdemokratische Beweisführung abzuschwächen. Der Einbruch dieses indessen bestehen, den die sozialdemokratischen Anführer



seiner Rechner erzeugt hatten, und der Regierungsbereiter selbst, wie auch der fortschrittliche Rechner mußten manches Zugeständnis machen.

Beim Kapitel „Statistisches Amt“ sprachen nacheinander die Genossen Bendor, Spiegel und Feldmann. Bendor sprach über die entsetzlichen Arbeitsverhältnisse in den Fabrikbetrieben und in der Binnenindustrie, Spiegel über die Arbeiterarbeit, die die Schwerindustrie den Arbeitern aufzwingt, Feldmann namentlich über die Gesundheitsverhältnisse unter den Steinarbeitern. Diese Auseinandersetzungen und ebenso das, was der Genosse Kappeler, späterhin über das Müllergewerbe sagte, — das alles lieferte den eindrucksvollsten Beweis, wie ungeheuer viel die deutsche Sozialpolitik versäumt hat.

Für diese gewiß nicht unwichtigen Angelegenheiten zeigen freilich die bürgerlichen Parteien in ihrer Mehrheit recht wenig Interesse. Ein einziger Zentrumsmann, Herr Flor, sprach über die Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit. Im übrigen war man entsetzt über die Rührigkeit der Sozialdemokraten, soviel über Arbeiterverhältnisse vorzutragen, und ein großer Teil der Abgeordneten legte Wert darauf, seine Teilnahme durch Abwesenheit zu bekunden.

### Eine Reichsgründung gegen die „Volksfürsorge“.

Die „Nordb. Allgem. Ztg.“ berichtet über die am Sonnabend erfolgte Gründung einer Deutschen Volksversicherung A.-G. Nach den Meldungen des offiziellen Blattes handelt sich dabei um ein privatkapitalistisches Unternehmen mit weitgehender Beteiligung des Reiches, ohne daß man es jedoch nötig gehalten hätte, Meinung und Zustimmung des Reichstags hierzu einzuholen.

Das Grundkapital von 2 Millionen Mark übernehmen 30 deutsche private Versicherungsgesellschaften. Die Satzung beschränkt dauernd die Verzinsung des Aktienkapitals auf 4 Prozent; diese Beschränkung ist für die Zeit dadurch gesichert, daß die betreffende Satzungsvorschrift nur mit Zustimmung des Reichskanzlers abgeändert werden kann. Der Reichskanzler wird für die deutsche Volksversicherung A.-G. einen Reichskommissar und einen Stellvertreter bestellen. Der Reichskommissar hat die Aufgabe, darüber zu wachen, daß die Zweckbestimmung des Unternehmens gesichert bleibt. Er ist hierfür mit weitgehenden Vollmachten ausgestattet.

Vorsitzender des Aufsichtsrats ist Staatsminister Graf v. Posadowski, der Generaldirektor des Nordstern in Berlin Geh. Regierungsrat Paderhorst-Köbberhoff ist sein Stellvertreter. Weiter gehören dem Aufsichtsrat die Direktoren folgender Privatkapitalistischer Versicherungsanstalten an: Teutonia-Leipzig, Frankfurter Lebensversicherungsgesellschaft, Frankfurter Lebensversicherung auf Gegenseitigkeit, Providentia-Frankfurt a. M., Bayerische Versicherungsanstalt-München, Concordia-Köln, Allgemeine Leipziger-Leipzig und Germania-Stettin.

Die Vertreter dieser kapitalistischen Gesellschaften haben sich also unter Vorantritt und „Aufsicht“ des Reichskanzlers zusammengeschlossen, nicht etwa um Geschäfte zu machen, sondern um in uneigennützigem Patriotismus die Organisation proletarischer Selbsthilfe, die auf rein genossenschaftlicher Grundlage aufgebaut, „Volksfürsorge“ auf Tod und Leben zu bekämpfen. Es handelt sich nicht etwa um ein Konkurrenzmanöver, sondern um eine staatsberaltende Tat. Urkund dessen Siegel und Unterschrift des Herrn Reichskanzlers v. Bethmann-Hollweg!

### Der Bierabend des Zentrums,

dem zuliebe die Abendigung des Reichstages am Donnerstag ausliegen mußte, gibt noch Anlaß zu allerhand launigen Bemerkungen. So schreibt das „Berl. Tagebl.“:

„Soll'n wir kan Bierabend net han, dann brauch'n's es a la Sitzung net! So hatte das bayerische Zentrum gestern vor der Abendigung getobt, und nun entsandte als Vertreter Erster Bei Herrn Gröber vor die hohe Borte des Präsidiums, und der mußte die Verhüllungsart des Hauses angewiesen. Der Vizepräsident Dr. Paasche hatte es zu einer Ausgählung nicht kommen lassen,

da nur etwa zwanzig Abgeordnete erschienen waren und er schloß zugleich die Abendigung wieder. Das Zentrum aber hatte sich zu sehr gegiffet, und selbst den Niederbayern soll, so unglaublich es klingt, der Bierappetit für den Abend vergangen sein, und darum hat man den Bierabend auf nächste Woche verschoben.“

### In der „Tägl. Rundsch.“ heißt es:

„Es wurde nichts Nüchtliges mit der gestrigen Abendigung, höhere Dinge standen auf dem Spiel. Stadtrecht brach hier ausnahmsweise einmal Reichsrecht. Denn es war für diesen Tag ein Bierabend des Zentrums angelegt und man hatte weder Kosten noch Mühe gespart und große Vorräte des herrlichen Regensburger Bierschöpfers anfahren lassen. Altes, wirre, wüßte Bombom! Da waren natürlich viele, die mitfahren wollten. Sollte man etwa das Bier sauer werden und seinen Bezug versehen lassen wegen einer lumpigen Abendigung? Dieses Bier? Das wäre ja noch schöner. Wenig, als die Sache abends soweit ist, als man kaum eine Rede in der Abendigung vernommen hat, da rettet Herr Gröber in klümem Entschluß die große Verzehr, bezweifelt die Beschlußfähigkeit des Hauses, und allens ist in Richtigkeit. Herr Paasche muß kapitulieren vor dem Regensburger Bier.“

Das Zentrum, dem die Helbenität leid geworden zu sein scheint, hebt jetzt hervor, daß der Bierabend garnicht schuld war, der wäre verlagert worden. Die Aiguren! Am Tag zuvor rühmte dieselbe Zentrumspreffe, daß die Sitzung ihrem Bierabend zum Opfer gefallen sei! Genlett man sich jetzt?

### Jugendgerichte.

Jugendliche sollen erst mit 14 Jahren gerichtlich bestraft werden.

In der Jugendgerichts-Kommission des Reichstags, die am Donnerstag zu ihrer ersten Beratung zusammentrat, wurde zunächst ein Antrag Dr. Trendel (Zentr.) beraten und angenommen, der die Herabsetzung des gesamten zum Strafrecht, Strafprozess und Straf Vollzug bei jugendlichen Verbrechen vorhandenen Materials des In- und Auslandes verlagert; ebenso die von Stadthagen (Soz.) geforderte Entlastung über die Kriminalität der Jugendlichen und eine authentische Darstellung der Gestaltung der Vormundschaftsgerichte bezog. Behörden in den verschiedenen Bundesstaaten. Eine längere Debatte entstand über die Frage, wie weit der Kreis der Beratung gefahrt werden solle. Der von den Sozialdemokraten vertretenen Auffassung, volle Freiheit zu lassen, stand eine andere gegenüber, die alle über den Entwurf hinausgehenden Anträge und Fragen ausgeklübelt wissen wollte. Eine Lösung wurde schließlich gefunden in der Entschlebung: die Heraushebung des Strafmündigkeitsalters, die bedingte Verurteilung und die Rehabilitation verurteilter Jugendlicher, sowie alle hierauf bezüglichen Anträge vorweg zu beraten.

Hierauf begründete Herr von Steiner (Fortschr.) kurz den Antrag auf Heraushebung des Strafmündigkeitsalters auf 14 Jahre; von Caffer (natlib.) trat ihm bei. Staatssekretär Lisco verwies auf die kommende Strafprozessreform und erwiderte, die Regelung der Frage bis zum Zustandekommen dieser Reform zu verschleppen. V. Lijst (Fortschr.) widersprach unter Hinweis auf die lange Zeit, die bis zur Strafprozessreform noch verstreichen kann. Auf den Standpunkt der Regierung stellte sich Caffe (natlib.) mit der bezeichnenden Begründung, daß sein Unverständnislehrer v. Wächter — notabene vor circa 30 bis 40 Jahren — dieselbe Auffassung bekundet habe, während Meyer-Gesford (natlib.) durch den Vorschlag einer vorläufigen Abstimmung die Bahn für einen späteren Umfass der Nationalliberalen freizumachen versuchte. Stadthagen (Soz.) begründete den Antrag der Sozialdemokraten, das Strafmündigkeitsalter auf 16 Jahre heraufzusetzen, besonders unter Betonung des Umstandes, daß die Gefängnisse in ihrer heutigen Verfassung geradezu Schulen des Verbrechens sind. Letzten Endes sei eine wirksame Bekämpfung der Jugend-Kriminalität nur von der Verbesserung des Milieus zu erwarten; dazu trage der Ersatz der Bestrafung durch die Erziehung — wie sie durch die Heraushebung des Strafmündigkeitsalters gewährleistet sei — wesentlich bei. — Müller-Weinigen (Fortschr.) bezeichnete es als völlige Verkennung der in der Öffentlichkeit herrschenden Stimmung, und einer seit mehr als 20 Jahren bestehenden Bewegung, wenn die Regierung sich ablehnend verhalte. Die Verhältnisse in den Gefängnissen seien direkt himmelschreiend und die Kommission dürfe unter keinen Umständen die Jugend den Gefahren der dort unermesslichen kriminellen Ansteckung aussetzen. Sollte die Regierung das Gesetz an ihrem Widerstande scheitern lassen, so trage sie dafür die Verantwortung; sie werde dann aber vor der gesamten Öffentlichkeit gerichtet sein. — Fehrenbach (Zentr.) ließ die Frage, wie sich seine Fraktion zu den Anträgen stellen werde, offen und er-

klärte seinen weiteren Bezug darin, gegen den Antrag der Sozialdemokraten zu polemisieren. — Caffe (Soz.) erklärte der Regierung, daß sie, wenn an dem Entwurf nichts geändert werden solle, sie den Reichstag nicht hätte zu bemühen brauchen. Dieses von dem Inhalt des Entwurfs hätte sich auf dem Verwaltungsbereich erreichen lassen. Hier komme es aber darauf an, die Grundtatsachen anzupacken: der Grund, das hebe Caffe anzufragen, sei auch für die Regierung zwingend gewesen, weil die Verhältnisse nachgerade unerträglich geworden seien. Mit schlagenden Argumenten wies Caffe in weiteren Ausführungen die unersättliche Notwendigkeit der Heraushebung des Strafmündigkeitsalters nach. Der Antrag der Sozialdemokraten wurde hierauf gegen acht Stimmen abgelehnt, der Antrag der Fortschrittler (Heraushebung auf 14 Jahre) mit 19 Stimmen angenommen.

Die Kommission diskutierte am Freitag über die Frage, ob die bedingte Verurteilung (im Gegensatz zu der jetzt in Übung befindlichen bedingten Begnadigung) und die Rehabilitation Straftäter in das Gesetz grundsätzlich aufgenommen werden sollte. Die Regierung erklärte zu beiden Punkten, daß für den Fall der Annahme, namentlich des ersteren Primat, der Gesetzentwurf sicher scheitern müsse, da die Einbeziehung beider Forderungen in das Gesetz der Bestrafung Jugendlicher einen Eingriff in den Bereich der bevorstehenden allgemeinen Strafrechtsreform bedeuten würde. Trotzdem wurden beide Anträge angenommen: der erstere mit 16 gegen 10, der letztere mit 12 gegen 11 Stimmen. Bemerkenswert war eine Mitteilung eines Regierungsbereiters, wonach für die allernächste Zeit eine Bundesratsverordnung in Aussicht steht, in der die Möglichkeit der Beseitigung von Strafen aus dem Strafregister in größerem Umfang zugelassen werden soll.

### Aus dem Rudolstädter Landtage.

Der Landtag in Schwarzburg-Rudolstadt beschäftigte sich am Donnerstag abermals mit dem Gesetz betreffend die Gewährung einer Feuerungszulage an die Beamten. Das Gesetz, ist ohne Zustimmung des Landtags veröffentlicht und angewendet worden. Weil der Landtag in seiner letzten Sitzung das Gesetz nicht nachträglich genehmigen wollte, wurde er verlegt. Nur dadurch erparte sich die Regierung die Bismarck, ein von ihr eingebrachtes Gesetz einstimmig abgelehnt zu sehen. Ein umfangreiches Gutachten des Rechtsausschusses geteilt das ungeheure Vorgehen der Regierung. Es verneint die Frage, ob ein dringendes Bedürfnis vorlag, allen Beamten infolge des sogenannten Notgesetzes eine Feuerungszulage zu gewähren. Der Landtag hätte früher einberufen werden können; die Verzögerung der Wahlen widerspreche dem Wahlgesetz. Der Regierung wird der Vorwurf gemacht, daß sie die Mitwirkung des Landtags aarnicht gewünscht habe. Weil sie bestimmt wußte, daß das Gesetz abgelehnt werden würde, habe sie eine Nachwahl und die Einberufung des Landtages absichtlich verzögert. Das Landtagliche Gutachten veranlaßt den Rechtsausschuß, zu verlangen, daß eine Aenderung der Verfassung in konstitutionellen Dingen dringend notwendig sei. Nach einer mehrstündigen Debatte wurde das Gutachten des Rechtsausschusses einstimmig angenommen und damit die Regierungsvorlage abgelehnt. — Ob nun Herr von der Rede die Konsequenzen ziehen wird?

In einigen Parteizeitungen wird die Nachricht verbreitet, daß von dem feinerzeit aufgelösten Landtage die Erhöhung der Gehälter der Beamten und Lehrer generell abgelehnt worden sei. Das entspricht nicht den Tatsachen. Die Lehrergehälter sind in Schwarzburg-Rudolstadt so niedrig, daß eine Aufbesserung durchaus notwendig ist. Dieser Tatsache verschließen sich selbstverständlich auch die sozialdemokratischen Abgeordneten nicht.

### Das Petroleum-Monopol in der Kommission.

Bekommt Deutschland genug Petroleum?

Die Sitzung vom Donnerstag brachte die Fortsetzung der Generaldiskussion über die Versorgungs- und Preisfrage.

Von fast allen Seiten wurde die Bildung einer Subkommission zur Entgegennahme von weiteren vertraulichen Mitteilungen als undiskutierbar abgelehnt. Der Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion behielt sich vor, auf die Frage der Verneinung von technischen und kaufmännischen Sachverständigen zurückzukommen, sobald im Laufe der Beratungen sachmännische Aufschlüsse nach einer oder den beiden Seiten sich als notwendig erweisen sollten. Ueber die Versorgungsmöglichkeit besteht in der Hinsicht volle Übereinstimmung, daß die Weltproduktion an Leuchtöl, die Versorgung des deutschen Marktes absolut sicherstellt. Bedeutend auseinander gehen die Ansichten über die Versorgungsmöglichkeit Deutschlands zu angemessenen Preisen beim völligen Ausschluß der Standard Oil Company. Von den Sozialdemokraten wurde diese Versorgungsmöglichkeit oder besser gesagt, Versorgungssicherheit immer noch bestritten; vom Zentrum direkt bestritten.

### Im ewigen Schnee.

Eine Erzählung aus dem Bergarbeiterleben von Johan Falkberget.

Die ein geunglücktes Tier schmeigte sich Abilbeline an. Sie mußten es doch nicht gleich gar zu schlamm nehmen, meinte sie. Das Leben war nun einmal nicht besser für Leute ihres Standes. Sie lag auf den Knien und suchte zusammen bei jedem Fluch, wie wenn Reibhühner auf ihren Rücken herabgefallen. Und — wie sonderbar es auch war — sie liebte ihn gerade so — so wild und unabhängig wie ein Tier. Und sie dachte daran, wie er damals in Arivarant die ganze Woche ausgegessen hatte, daß nur noch sie und er da waren, zwischen den unermesslichen Eischen und Klüften, während alle die anderen Kollare hinter den Rücken in der halbverwahrlohten Nacht umherliefen. Die Nacht war finstern und doch dunkel.

Nach einer Weile beruhigte sich Nordens Kampfahn wieder. Er hatte ausgerastet. Und er richtete ihr den neuen mit seinen großen Händen über das Haar. „Siehe Abilbeline!“

„Er war ja gar nicht böse auf sie... auf seinen besten Freund... Sie hätte es ja auch einmal gut haben... ja recht gut... Sie sollte ja mit ihm wandern in sein Vaterland, wo die alten, hohen Föhren jampfen und die Seen tief im Waldesgrün klüften.“

„Siehe...“ Seine braunen Augen blühten groß und trüblich.

„Siehe...“ Er wollte sie auf den Händen tragen. Sie hat ja nun doch kein einziger ihrerer Freund.“

Abilbeline brach in noch heftigeren Schreien aus. Sie schmeigte den Kopf an sein Antlitz und schloß die Augen, als wenn sie seine Hände unter dem Kopf zittern und bebte. Es war, als wenn seine Hände sie ganz umarmten. Und das war er so hart und so wild... Er war der ebelste Mensch in der ganzen Welt.

Der Feuerstein fiel von der Ofenröhre in langen gelben Strahlen über den schneeigen Fußboden der Bergstube. Es war ein kaltes Licht in der Stube.

Die alten Leinwand Tische lagen die Kollare Hals-Kette, Hals, Eisen-Erfa und andere, eifrig beim Partyspiel. Schwere Eisenstühle dominierten auf den Tisch... der Eisenstuhl

... die Spannung stieg... und die Augen rollten wild unter den breiten Kutzen.

„Aber was in heißer Hölle!“ Eisen-Erfa hatte sich erhoben und harrete nach der Tür. Es polterte da jemand draußen auf dem Gang, als taumelte ein schwerer Körper gegen die Holzwand. Es schrie da jemand... „Wo waren mit einem Male still und horchten... Nun hörten sie ein dumpfes Gemurmel... Es schlug jemand auf die Türkante, und eine große dunfle Gestalt mit breittrempeligem Hut stand in der Türschwelle.“

„Aber was in heißer Hölle?“ Es war Pala-Calle, der diesmal fragte.

Ein hochgewachsener Mann trat ein und warf den Hut von sich... Ein kleines Weib in nassen Lumpen folgte und blieb an der Tür stehen.

„Guten Abend, Salomstunde!“

Der Fremde richtete sich mit der Hand das Stirnhaar glatt. Eisen-Erfa, der, den einen Fuß auf der Bank, am Tischende stand, schob den Hut in den Rücken und harrete auf den Ankommenden. Er meinte, daß er diesen Salomstunde doch kennen mußte. Zwei Messerische über die linke Wange und so eine Zerknirschung rund um das Mund dazu... Das war ja Nordens Kampfahn — polkanten! Eisen-Erfa kurzte auf ihn zu und schmeigte ihm die Hand zum Willkommengruß.

„Kennt dich, Salomstunde!“

„Oh! Kennt dich auch, Eisen-Erfa!“

Sie schmeigten sich lange und tröstlich die Hände... Sie waren Arbeitskameraden gewesen vor einigen Jahren in Botneholia.

„Das ist Hal, Nordens Kampfahn“, erklärte Eisen-Erfa und drückte mit der Zunge den Priem in seinem Mund herum. Und die anderen Kollare kamen lärmend herbei und boten die Hand zu freudigen Willkommengruß.

„Und das ist wohl Jafs getreues Mädel, was?“ Eisen-Erfa schlang den Arm um Abilbeline... Jafs seine Hofe glatt und blingelte Nordens Kampfahn zu. Ulen Bergklubmädels half ihr die knäuelhaften Lumpen ablegen.

„Ja auch ja!“

Nordens Kampfahn richtete sich das Stirnhaar glatt. Und die anderen Kollare standen da mit gebeugten Rücken, die Hände tief in den Hosentaschen. Sie richteten vor sich hin unter den breittrempeligen Hüften, und sie wälzten mit den Jungen ihren Kantschel im Mund herum.

Abilbeline schloß die verschämte zur Tür hinaus in einem Hinterhof, der Ulen Bergklubmädels gehörte.

Zur Nachtzeit lagen Nordens Kampfahn und Abilbeline in der letzten Schlafstube am Tisch in der Bergstube. Sie aßen und sa trunken. Sie klatschten und lachten. Und sie tranken alle Essen.

Abilbeline mußte auch auf Eisen-Erfa's Schoß sitzen. Er war ja Jafs' guter Kamerad. Und Abilbeline mochte den Eisen-Erfa ganz gerne leiden — wahrhaftig, beim Teufel! Und Nordens Kampfahn erlachte Neugierden aus Arivarant. Er war ja letzten Herbst auf der Lippelei horthin gekommen. Er hatte sich hundert Meilen weit durch das blaue Nordschweben durchgeschlagen. Und er hatte den Satans-Jöns eines Nachts durchs Fenster geschmissen.

Eisen-Erfa sah, den Arm um Abilbeline geschlungen, daß und trällerte den Refrain eines alten Kollareliedes —

Kappa kalla bonja!  
Koppa kalla bonja!  
Skali dälum,  
Dält suppan del... 12

Es war Sonntag auf dem Berg. Aber es war schon spät am Tage, als Finn-Morten endlich mit seiner Arbeit in der Erzgrube fertig wurde. Er arbeitete dort wie ein Lasttier, und der große Erzbehälter sollte voll sein bis an den Rand, ehe er heimgehen durfte. Aber Finn-Morten hatte eine ungeheure Ausdauer bei der Arbeit. Seine 24 Stunden war er nun auf den Beinen und hatte Erz und Stein verladen. Der Behälter war wie ein bodenloser Abgrund.

Am vorigen Abend, als Morten zur Arbeit ging, hatte er im Moa-Gangens Laden ein Sechsgroschenbrot gekauft und es mit auf die Bergstube genommen. Und allemal, wenn ihm der Magen knurrte, biß er ein Stück ab vom Brot und schlang es in sich hinein. Von einer Ruhepause konnte die ganze Zeit über keine Rede sein. Er hatte nicht einmal so viel Zeit übrig, sich den Rücken ordentlich gerade zu rücken... Und dann mußte man immer auf allerlei Unglück gefaßt sein, wenn man es so bedammt eilig hatte. Wie eben jetzt wieder — der Förderwagen sprang aus den Schienen, als er ihn eben voll geladen hatte und damit losziehen wollte. Morten machte gleich alle Anstrengungen, ihn wieder auf's Gleis zu bringen. Aber es gelang nicht. Er mußte sich ab an beiden Seiten des Wagens, bis ihn die Wut packte. Beim Glimmel, das Reck sollte doch wieder raus! Da kroch er auf den Knien unter das Wagengefell, krallte sich fest mit den Fingern und spannte seine ganze Kraft an. Nun gab der Wagen nach... ein Ruck zur Seite... Parbau! Da stand das Ding wieder auf dem Gleise. Im Trabes rennend, schob er mit dem Wagen davon, daß es auf den Schienen sang und heulte... Er mußte sich jetzt sehr heilen. Die Sonne stand schon tief zwischen den Bergen... 13



Ausland.

Der Redner des Zentrums wies durch Briefe nach, daß es mit der Lieferung von 75.000 Tonnen oder auch nur 50.000 Tonnen zu annehmbaren Preisen aus Österreich nichts sei.

In der Frage der Qualität wurde von der Regierung festgestellt, daß nicht nur die chemische Zusammensetzung, sondern neben ihr das Ergebnis von Brennproben maßgebend für die Beurteilung der Güte sein soll.

Das Zentrum sprach sich ebenfalls gegen ein Eingreifen des Reichs durch die Schaffung eines Monopols in irgend welcher Form aus.

Ein lebenswürdiges Briefchen hat der Abgeordnete Wetterle aus Heidelberg erhalten:

Eine Anzahl Heidelberger Bürger fühlen sich angegriffen durch ihr hunds-gemeines Verhalten im Ausland, nicht nur als Abgeordnete, sondern auch als Vorkämpfer und Märtyrer.

Noch ein ungültiges Reichstagsmandat. Im Wahlkreis Offenburger-Kehl wurde der nationalliberale Abg. Kölsch mit einer Mehrheit von 4 Stimmen gegen den Kandidaten des Zentrums gewählt.

Wahlrechtskonflikt in Coburg-Gotha. Der gemeinschaftliche Landtag für Coburg-Gotha sprach sich mit großer Mehrheit für die Einführung des direkten Wahlrechts aus.

Disziplinarverfahren gegen einen Bremer Volksschullehrer. In der seit 10 Monaten schwebenden Disziplinaruntersuchung gegen den Lehrer Sonnenmann ist jetzt die Hauptverhandlung auf den 10. Februar angesetzt worden.

Der Religionszwang der Dissidenten in Preußen. Im preussischen Abgeordnetenhaus hat der nationalliberale Abgeordnete Schiffer einen Gesetzentwurf eingebracht, der es für die Zukunft ausschließen will, daß auf Dissidenten ein Zwang zur Teilnahme am konfessionellen Religionsunterricht in den Schulen ausgeübt werde.

Die Veraltung in der Kommission wird demnächst fortgesetzt werden, aber schon hiernach kann man sagen, daß die Aussichten auf Befreiung dieses unmoralischen Zwanges nicht allzu günstig sind.

Ein preussischer Wohnungsgesetzentwurf. Der Reichsanzeiger veröffentlicht den Entwurf eines preussischen Wohnungsgesetzes. Der Entwurf enthält Bestimmungen über Baugelände, Bauordnung, Wohnungsordnung und Wohnungsaufsicht.

Noch ein Donnerwetter gegen Herrn Wetterle. Dem Abbe Wetterle soll der Straßburger Bischof Dr. Frhgen einen in sehr ernsten Ausdrücken abgefaßten Brief geschrieben haben, in dem er ihn eindringlich ermahnt, von einem Tun abzulassen, das weder der Würde des geistlichen Amtes noch der Auffassung, die der Bischof von den Pflichten eines Geistlichen hat, entspreche.

Studentenstreik in Wien. Die Hörer und Absolventen der Wiener Export-Akademie, die seit langem bereits die Anerkennung der Akademie als Handelshochschule anstreben, beschließen, in den Streik zu treten.

Das spanische Regierungsprogramm. Die Regierung hat am Sonntagabend ihr Programm bekannt gegeben. In diesem wird besonders die Arbeiterfrage hervorgehoben. Sie will der Verion des Arbeiters mehr Garantien geben, um Arbeiterausständen in Zukunft vorzubeugen.

250 Millionen-Anleihe für Marokko. Der französische Ministerrat hat über die Lage in Marokko beraten. Es wurde beschlossen, sofort eine militärische Anleihe aufzunehmen, deren erste Rate 250 Millionen betragen wird.

Keine Wiederaufnahme des Prozesses Ferrer. Die spanische Regierung erklärt, daß ihr bis jetzt noch kein Antrag zwecks Revision des Prozesses Ferrer zugegangen sei.

Der sozialdemokratische Präsidentschaftskandidat verhaftet. Die amerikanische Dollarspitz hat sich ein besonderes Verdienst geleistet. Genosse Debs, der sozialistische Kandidat bei der letzten Präsidentschaftswahl, ist unter der Beschuldigung verhaftet worden, daß er durch einen Artikel entgegengegerichtet zu haben, den er verfaßt und in einer sozialistischen Zeitung veröffentlicht hatte.

Attentat auf einen Erzherzog. Auf den Erzherzog Salvator von Österreich soll auf seinem Gute in Miramare ein Attentat verübt worden sein. Ein Arbeiter soll auf den Erzherzog einen Revolvererschuß abgegeben und diesen leicht verletzt haben, dagegen soll eine Leuchte durch eine Kugel schwer getroffen worden sein.

Kein zwangswelcher Kirchenbesuch. Die spanische Regierung beabsichtigt den Erlass einer Verfügung, bezuglos kein Soldat mehr gezwungen werden kann, einem Gottesdienst beizuwohnen. Gleichzeitig wird die Regierung die Telegraphenjurisdiction abschaffen.

Wieder eine amerikanische „Revolution“. Ein Telegramm aus Manila besagt, daß eine Revolution auf den Philippinen ausgebrochen sei. Diese soll alle früheren bisher dagewesenen Revolutionen an Umfang und Bestigkeit hinter sich lassen.

Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

Die schlesische Krankenversicherung

unfaste im Jahre 1910 insgesamt 1184 Krankenkassen mit 818.000 Mitgliedern. Im Durchschnitt kamen auf eine Kasse 717 Versicherte gegen nur 572 im Reichsdurchschnitt.

Sundfeld, 27. Januar. Der sozialdemokratische Ortsverein hielt am Sonntag vormittag seine Generalversammlung ab, die leider nur schwach besucht war.

Brieg, 27. Januar. Blutschande. Vor der hiesigen Strafkammer wurde am Freitag gegen den Gärtner Otto Kehler und seine Tochter Auguste wegen Blutschande verhandelt.

Brieg, 25. Januar. Mut angetrunken. In total betrunkenem Zustande erschien der Arbeiter Gottlieb Banse aus Schwannowitz vor dem hiesigen Schöffengericht.

Bunzlau, 27. Januar. Von einer einstürzenden Mauer erschlagen. Der Wirtschaftsvogt Wilhelm Gräß in Giesmannsdorf hiesigen Kreises war mit anderen Personen mit dem Umlegen einer Scheunenmauer beschäftigt.

Sirchberg, 27. Januar. Ein roher Patron. Eine wenn auch empfindliche, aber nicht zu hohe Strafe hatte das Schöffengericht in Schmiedberg gegen den Reifenden Erich R. aus Schönebeck verhängt.

Fuhrwerk wieder auf die Chaussee und in Ordnung zu Erlagen dieser Hefereise wurde den Arbeitern aber nicht gelohnt. Der Rittmeister und der Reifende R. stießen die Arbeiter und schließlich schlug R. einen Arbeiter sogar mit dem Schlagring an den Kopf.

Sirchberg, 27. Januar. Die nackte Floppe. Ein heitere Episode spielte sich diese Tage nach dem „Voten“ auf einem kleinen Postamt in unserer Gebirgsgegend ab.

Rödingzell, 27. Januar. Die Gefahren des Wissens bahnen erbeut werden recht deutlich illustriert durch folgende Meldung: Die vier Söhne des Hausbesizers Schubert zu M. Jauernick traten auf der Strecke Rödingzell in den Bahndienst.

Rangendiesau, 27. Januar. Gefährter Einbrecher. Zu dem von uns gemeldeten schweren Einbruch bei der Speditionstrirma Wilhelm Karst wird mitgeteilt, daß der Einbrecher bereits ermittelt wurde.

Görlitz, 27. Januar. Ein Wärling. Schwere Sittlichkeitsdelikte hat sich im Dorort Mogs der dort wohnhafte 23 Jahre alte Buchbinder Blümel zu schulden kommen lassen.

Wollstein, 25. Januar. Tisa gefaschert. In Jahre 1912. Wie stark der Aberglaube auf dem Lande noch oftmals verbreitet ist, zeigt folgender Vorfall, der Mitglied in Neuborf passierte.

Parteiangelegenheiten.

Ein Denkmal für den Genossen Paul Singer soll in Kürze auf dem städtischen Friedhofe in Friedrichsfelde zur Aufstellung gelangen. Die Vorarbeiten sind soweit beendigt, daß man hofft, das Denkmal am Todestage, am 2. Februar, bei Deffentlichkeit übergeben zu können.



Verantwortlicher Redakteur: Franz Schöper. - Redaktion und Geschäftsverwalter: ...







## Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 27. Januar.

### Täpferer Kämpen

Sind unsere braven „Freikonserverativen“. Von den letzten Reichstagswahlen her bemühen sie sich sehr, ihre Knochen im Schwitzschweiß zusammenzuwaschen. Absolut wollen sie politisch noch etwas bedeuten. Am Sonntag haben sich eine Anzahl von schlesischen Scharfmachern dieser Sorte im Konzerthause zu einem Abendessen zusammengefunden, um einen Freikonserverativen Provinzialverband zu gründen. Bei diesem salzigen Mahle wurden eine Anzahl nicht minder lustiger Reden gehalten. Man sprach sich Mut zu, zu der großen Aktion, die für Sonntag geplant war. Da ihre Versammlungen im Sälehen des Königs von Ungarn immer leer sind, hatten sie geglaubt, es diesmal mit dem großen Saale des Konzerthauses versuchen zu sollen. Für Platz war also gesorgt und ihre Schuld war es wirklich nicht, wenn außer dem bekannten Bierhelden wieder niemand zur Versammlung erschienen sollte. Hohe Herren sollten aber auch alle bewundern können, die in der Versammlung erschienen wären. Da war erstens der Regierungsrat Wieser als Einberufer. Leiter der Versammlung war, es ist dies außerordentlich wichtig, „E. Gezellen Herr Wirtl, Geheimrat und Kaiserlicher Gesandter in S. D. von D. R. K. n., Mitglied des Abgeordnetenhaus, Berlin“. Wer wollte nicht einer Versammlung beiwohnen, die von einem solchen (titelüberfüllten) Herrn geleitet wird? Und die Redner! Da war zuerst der Freiherr von B. D. L. i. g. v. o. r. g. e. h. e. n., der über Preussens deutschen Verfall sprach. Der Provinzialrat und Reichstagsabgeordnete Sch. n. i. g. aus Bromberg sollte ferner über „Großpolen“ reden. Unter solchen Umständen konnten die Redner den langweiligen Breslauer Landtagsabgeordneten Dr. W. a. n. n. e. r. als dritten Redner schon mit in Kauf nehmen. Diese Vorbereitungen hatten denn auch zuwege gebracht, daß reichlich vierhundert Besucher aus Breslau und Schlesien den 2500 Personen fassenden Saal besüllten. Darunter sah man den Herrlichen Herrn D. e. r. s. c. h. l. e. r. mit einer Anzahl seiner Getreuen, sowie den national-liberalen Parteisekretär G. r. a. n. z. u. n. c. e. r. Auch eine Anzahl von Sozialdemokraten waren anwesend, um den alten Scharfmacher von B. e. d. l. i. g. kennen zu lernen.

Nach Herrn von B. e. d. l. i. g. ist die gesetzgeberische Initiative im Reich nur von Preußen auszugehen, oder sie muß wenigstens unter Mitwirkung Preußens erfolgen. Wenn im Reichstage allerlei Forderungen erhoben werden und in Resolutionen zum Ausdruck kommen, ist das sehr gefährlich, denn manchmal kann es vorkommen, daß eine Stelle eine solche Resolution aufgreift und sie zum Ausgangspunkt einer gesetzgeberischen Aktion macht. So ist es erst mit der Wertung der Sache gewesen, die der Reichstag gefordert hat, obwohl doch kein einziger Mann im Lande etwas davon wissen will. Die gesetzgeberische Initiative im Reich muß unbedingt unter preußischer Kontrolle erfolgen, sonst bekommen wir immer mehr solcher Gesetze, die den Konserverativen nicht gefallen. Preußen muß ferner darauf dringen, daß die allgemeine Wehrpflicht auch wirklich durchgeführt wird. Wenn jeder wehrfähige Mann Soldat werden möchte, brauchen wir heut weniger kriegerische Voranstöße gegen die Westeuropäer. Diese Verhältnisse müssen nur durch die Landesverordnungen geregelt werden, weil nur so wie in Preußen jeder nach seiner Leistungsfähigkeit besteuert wird. Einer Minderung unseres Zollsystems muß Preußen entscheiden. Widerstand entgegenzusetzen. Dem Reichstagspräsidenten hätte die Reichsregierung beinahe nachgegeben. Den größten Dank verdient deshalb der preussische Landwirtschaftsminister, der das zu verhindern mußte. Der Sozialdemokratie muß stärker entgegengetreten werden. Der Staat muß seine verfallene Jurisprudenz den zuwenden, die der sozialdemokratischen Propaganda am meisten ausgesetzt sind. Das Streikpostensystem muß verboten werden und Dank verdient die Justiz im Ruhrgebiet für die harte Arbeit, die sie beim letzten Streik leistete. Der sozialdemokratischen Volksversicherung gegenüber haben Reich und Staat die Pflicht, ihr eine gleichwertige Versicherung entgegenzusetzen. Dem kleinen Mittelstand versprach v. B. e. d. l. i. g. staatliche Lieferungen. Daß die freikonserverativen Großkapitalisten in Wirtschaft alle Lieferungen für sich beanspruchten, sagte er nicht. Die Jugend ist durch die sozialdemokratische Agitation schwer gefährdet, also muß dieser Agitation kräftig entgegengetreten werden. In der Schule muß Gottesfurcht und Königstreue statt sozialdemokratischen Unsinns in die Köpfe der Jugend geblasen werden.

Die Sozialdemokratie ist aber nicht die einzige bedauerliche Frucht des allgemeinen Wahlrechts, dieses hat vielmehr die ganze heutige radikale Strömung und das Aufschwollen der demokratischen Gedanken und Prinzipien erzeugt. Diese

Strömungen können nur durch ein starkes preussisches Königtum gehindert werden, sich durchzusetzen. Die Eigenart des preussischen Staates ist ein Wahlrecht, daß nach Leistungen abgestuft und nach Besitz dem Mittelstande die entscheidende Rolle zuweist. Tab unter diesem Wahlrecht der Mittelstand im Landtage fast gar nicht vertreten ist, sagte er nicht. Infolge des sozialdemokratischen Terrorismus hat der Mittelstand allerdings nicht mehr die Freiheit zu wählen. Insofern ist das Wahlrecht verbesserungsbedürftig, an den Grundlagen der Abstufung dürfte aber nicht gerüttelt werden. Preussens Aufgabe ist auch vorbildlich zu sein für die anderen Staaten, das Reich und die Welt. Die ganze Welt soll also versucht werden. Das flache Land darf nicht blutiger werden, vielmehr muß durch innere Kolonisation dafür gesorgt werden, daß es sich nicht entvölkert. Die Staatsverwaltung ist hierfür mit den größten Vollmachten auszurüsten. Die Selbstverwaltung muß von bürokratischen Einschränkungen befreit werden. Die Schule darf nicht bloß Kenntnisse vermitteln, sondern sie muß in erster Reihe die Jugend erziehen zu guten Bürgern, guten Patrioten und guten Christen. Das Volk muß von schädlichen Materialismus befreit werden. Christliche Religion, strenge Pflichterfüllung und lobender Patriotismus sollen wie vor hundert Jahren gepflegt werden.

Da offenbar noch zuviel Besucher anwesend waren, wurde jetzt Abg. W. a. n. n. e. r. vorgeschickt, der auch wirklich über hundert Besucher hinausredete. Aus seinen Ausführungen ist nur mitteilenswert, daß die Sozialdemokratie die reaktionärste Partei ist und daß der Zukunftsstaat im indischen Zukunfts Perus bereits einen Vorgänger gehabt hat. In diesem Reiche herrschte allgemeine Gleichgültigkeit und so wurde es von den Spaniern über den Paufen gerannt. Herrn glaubten wir es Herrn Wagner, daß es sehr große Schwierigkeiten macht, eine Partei zusammen zu halten. Das ist nicht nur Wagner'sche Theorie, sondern die Freikonserverativen liefern gleichzeitig auch die Praxis.

Was schändlich ist die Großpolenpolitik, von der dann Herr Schullz vor 200 redete. Haben doch die badiischen National-Liberalen auf Befehl der Sozialdemokraten 1500 Mark aus dem Etat gestrichelt, die der patriotischen Jugendpflege dienen sollten. Der sozialdemokratische Abgeordnete Z. a. n. l. i. t. ist ein geflüchteter Mann, aber gerade deshalb so gefährlich wie er seiner Partei nützlich ist. Das Schließen von Bündnissen mit der Sozialdemokratie ist aus Frankreich eingeleitet worden und paßt nicht für Deutschland und Preußen. Aber überall spuckt jetzt die Großpolenidee unter der Decke. Diese Idee hat wie ein böses Geschwür den politischen Leib erkrastet. Die Sozialdemokratie ist mit ihren 110 Mann genau so radikal geblieben, wie früher. Da sie macht sich sogar schon an, über Krieg und Frieden zu entscheiden. Die Freikonserverativen mögen mit einer solchen Partei ganz ohne ein Bündnis abschlüssen.

Herr v. D. i. r. k. e. n. richtete zum Schluß an alle Besucher die „sozialdemokratische Frage“: „Bist Du organisiert? Bist Du eine Wächter?“. Bei wem das nicht der Fall war, der sollte sich einschreiben lassen. Während die letzten Besucher fortließen, wurde noch ein „poetischer“ Glückwunsch verlesen, der der bayerische Freiherr von B. e. c. h. m. a. n. n. an die Versammlung geschickt hatte.

### Der Spiritustrust in Breslau.

Es wird uns geschrieben: Gestützt auf eine mehr als wohlwollende Gefeggebung ist die Schnapsbrennerei und die Spiritusindustrie seit Jahrzehnten fröhlich gediehen. Selbstverständlich war damit auch der beste Nährboden für Betriebsvereinigungen gegeben. Jetzt eben sind an der Berliner Börse die neuen Aktien der Breslauer Spiritusfabrik A. G., Breslau zum Handel zugelassen worden; dies ist der Schlüsselstein bei der Einlösung der Breslauer Spiritusfabrik in die immer mehr zum deutschen Spiritustrust werdenden Oelbischen Spirituswerke.

Mit der Kapitalerhöhung im Jahre 1912, die den Hauptzweck hatte, den Herren der Oelbischen Spirituswerke genügend Stimmwirksamkeit in der Aktionäre-Generalsammlung der Breslauer Spiritusfabrik zu geben, sind noch verschiedene, weniger bekannt gewordene Nebenwecke verfolgt worden. Die Kapitalübernahme dient einmal mit dem, die Nordhäuser Aktien Spiritusfabrik, vormal's Leisner u. Co., Nordhausen, die seit 1908 schon mit der Breslauer Spiritusfabrik in Interessengemeinschaft gestanden hat, völlig zu verschmelzen. Des weiteren

handelte es sich um die Kapitalbeschaffung zur Uebernahme zweier Beteiligungen, nämlich an der J. Gräger, G. m. b. H. in Gr. Str. e. l. i. g. mit 150.000 Mk. und an der R. e. c. h. t. e. D. e. r. u. f. e. r. M. ü. h. l. e. J. u. l. i. u. s. R. o. s. e. n. t. a. l. G. m. b. H. in Kreuzburg in Oberschlesien mit 300.000 Mark. Da das Stammkapital der beiden Gesellschaften mit beschränkter Haftung je 500.000 Mark beträgt, so bedeutet das die vollständige Beizergreifung dieser beiden Unternehmen. Bei der Verwertung der übrigen neuen Aktien wurden glänzende Geschäfte gemacht; 750.000 Mark wurden zum Kurse von 300 Prozent an die alten Aktionäre verkauft, die dadurch an je 1000 Mark noch besonders 700 Mark verdienten, da der Kurs auf etwa 370 stand. Der Breslauer Spiritusfabrik sind durch den günstigen Verkauf der jungen Aktien bei hohem Kurs auch rund 2 Millionen Mark außerdem zugeflossen, die sich in dem ohnedies schon übergroßen Reservecfonds noch ansammeln.

Das Breslauer Spiritusunternehmen verfügt nunmehr über drei Spiritusfabriken; ihre jährliche Leistungsfähigkeit beträgt 34 Millionen Liter Spirit. Die eisernen Behälter der Gesellschaft haben einen Gesamtinhalt von 27 Millionen Liter. In Breslau wird die Fabrikation gemeinsam betrieben mit den Spiritusfabriken Grunwald u. Co., G. m. b. H. und der Landwirtschaftlichen Spiritusfabrik Altschaffel u. Co., G. m. b. H., deren gesamte Geschäftsanteile von je 500.000 Mark sich ebenfalls in den Händen der Spiritusfabrik befinden! Die Breslauer Spiritusfabrik verteilte in den letzten 5 Jahren an ihre Aktionäre zusammen etwas mehr als 100% Dividende, das heißt, sie zahlte ihren Aktionären in diesem Zeitraum in Form von Zinsen ihr ganzes Aktienkapital einmal zurück.

Und dies alles trifft nur ein Glied der Verbindung der oelbischen Spirituswerke, die planmäßig bei der Verwertung der deutschen Spiritusindustrie sind! Gottes Segen ruht sichtbarlich auf der Schnapsproduktion.

### Die städtische Straßenbahn im Jahre 1911/12

Nach dem kürzlich von der Verwaltung vorgelegten Bericht betrug die Zahl der Angestellten am 31. März 1911 127, am 31. März 1912 1615. Die bedeutende Zunahme ist eine Folge der Uebernahme der Breslauer Straßenbahn und der neuen Strecken. Der Arbeiterausschuß hat drei Sitzungen abgehalten. An hilfsbedürftige Angestellte sind 748 Mark für einmalige Unterstützungen gegeben worden. Laufende freiwillige Unterstützungen wurden an zwei Invaliden mit zusammen 480 Mark, und an ehemalige Angestellte der Breslauer Straßenbahn-Gesellschaft oder Hinterbliebene 9659,50 Mark gezahlt. Die auf Grund des Gemeindefeststufes vom 7./12. Dezember 1899 zu zahlenden Renten an arbeitsunfähig geordnete Angestellte oder Hinterbliebene betragen am 31. März 1912 monatlich 206,30 Mark. Stillbehaltungen wurden im Gesamtbeitrag von 331,50 Mark gewährt. Sämtliche Angestellten erhielten Erholungsurlaub nach den bestehenden Bestimmungen.

Die Straßen hatten am 1. April 1911 eine Länge von 20,14 Kilometer. Hinwegtreten sind durch Uebernahme des Betriebes der U. S. G. W. 27,65 Kilometer; durch Betriebsöffnung der Strecken Wiesenstraße-Wachplatz, Am Schlawer und Michaelisstraße-Schwabstraße und der Strecke Gedwizstraße-Postenstraße 3,59 Kilometer, jedoch die gesamte Betriebslänge am 31. März 1912 51,38 Kilometer betrug.

Am Fahrzeugepark waren am 31. März 1912 vorhanden: 50 vierachsige Motorwagen, 198 zweiachsige Motorwagen, 180 geschlossene und 160 offene Anhängerwagen, 38 halb-offene Anhängerwagen, 160 offene Anhängerwagen, zusammen 626 Personenwagen mit 23.468 Sitz- und Stehplätzen; außerdem 1 Motor-Sprengwagen, 11 Sackfuhrwagen, 3 Bahnmehrwagen, 8 Lastenbordwagen, 8 Formwagen, 2 jahrbare Leitern, 1 Gerätewagen und 10 verschiedene Hand- und Hilfswagen.

Im Berichtsjahre sind 22 kleine Betriebsunfälle mit 130 Personen, 152 Unfälle mit geringen Verletzungen, 2 Unfälle mit schweren Verletzungen und 2 Todesfälle infolge Unfalls vor-

## Stadt-Theater.

„Das Mädchen des Eremiten“ v. H. Maillart.

Mit dieser anziehenden, wie Jiligran annulierenden Musik hat sich der Komponist einen langdauernden Ruhm gesichert; eine andere Opern sind langweilig und reizlos. Viele unter-jähr von Anfang bis Schluß, mit Ausnahme einer Nummer: die des Trübsandes im dritten Akt. Dafür haben die deutschen Bühnen ein Lied von Franz Abt, „Soldatensoldat“, gelernt, ge-sagt, das zwar nicht ganz in den Rahmen der Partitur paßt, aber — und das ist sehr ausfallend — eine kräftige Wirkung erzielt, namentlich wenn es in Gesungen wird, wie am Sonntagabend von Herrn Oster. Dieser Künstler, den wir an-schließend auch verzeichnen werden, ist der einzige, der den Stil der Oper beherrscht. Leider fand er an seinen Partnern, am allerwenigsten bei dem Orchester, nicht immer die nötige Unterstützung. Infolge der geringen Kapazität des Kapellmeisters, der die Feinheiten mitunter in geradezu prächtiger Weise über-zieht, entstanden alle Augenblicke Unrichtigkeiten, die auch nicht weiter ausgeglichen wurden; jeder ging seinen Weg und jeder wußte auf, wenn er eben zu Ende war. Daß unter solchen Um-ständen alles andere herauskam, nur keine französische Oper, kann man sich lebhaft vorstellen. So lange derartige Werke wie sicher auf die leichte Achsel genommen werden, ist an eine stil-reiche Aufführung nicht zu denken. Sie bedürfen in ihrer Art genau derselben Sorgsamkeit wie jede andere Gattung. Wir werden also außer einem neuen Intendanten auch noch musi-kalische Berater haben müssen, die etwas davon verstehen, wie man ältere Opern ge-schicklich und neu einstudiert, und die auch mit der einschlägigen Literatur gut Bescheid wissen. Im Publikum herrscht eine Empörung über die Zusammenstellung des Repertoires. Vor den in Aussicht gestellten Rollen be-kommt man nach den Erfahrungen, die man bisher mit den andern gemacht hat, eine Gänsehaut und Neueinstudierungen kommen so gut wie garricht auf das Tapet. „Sie ziehen nicht“, heißt es an der Theaterkasse, wo es sonst sogar zu viel „zieht“. Man studiere nur sorgfältig, wie es sich anhört, dann wird es schon „ziehen“. Eine Oper wie „Aida“, mit einer über-welt Proben herauszuwerfen, ist eine Privatheit, eine Verschün-digung am Kunstwert. Mehr Achtung vor den Meisterwerken! muß immer wieder gefordert werden!! Man darf freilich nicht die Berliner Hofoper zum Vergleich heranziehen, denn dort herrscht genau das selbe handwerksmäßige Repertoire, wie hier. Aber mit Reid sehen wir auf „Straßburg, die wunderschöne Stadt, die einen Mann, wie Pfister, zum Kapellmeister hat“. Da hat man „Mayer und Schöffer“, „Des Teufels Anker“, „Der schwarze Domino“, „Der Wasserträger“, „Obern, die die

heutige Generation kaum dem Namen nach kennt. Wo ist zum Beispiel die entzückende Oper „Der Alibi“ von Balcan? Wir haben gerade eine so schöne Besetzung dafür (Wochheim, Haas, MacGraw, Strichmann!); aber diese Oper ist sehr schwer!! Mit einer Probe vollstetigt man nicht darüber hinweg! Das Publikum wünscht u. a. den „Waldschüh“, „Die heid's Schloß“, „Die Afrikanerin“, „Robert der Teufel“, „Ernani“ (mit Feder und Hochheim!), „Der Rosenkranz“ von Verdi (mit Bismel!), „Don Pasquale“, „Der Torbarbier“ usw. Das wäre auch für Herrn Haas eine angemessene Beschäftigung! Und wo bleiben die „Holländer“? Ueber Opern wie „Norma“ und „Wilhelm Tell“ geht man achselzuckend hinweg. Warum? Zerakt!! O nein! Die Frauen sind nur zu teuer!

Um noch kurz die übrige Aufführung vom Sonntagabend zu streifen, sei erwähnt, daß Fräulein Blum als Rose mit in ganz wenigen Momenten genügt, wie in dem Duett und Terzett des zweiten Aktes. Sie sah aus wie Humperdinck's „Gretel“ und benahm sich auch im ersten Akt so: diese beiden Figuren unterscheiden sich doch wie Tag und Nacht! Gesantheit war dieses ganz derseht, wie das originale Duett im ersten Auf-zug; was läßt sich daraus auch darstellerisch machen! Wenig gefiel mir auch die große Arie im letzten Akt. Weshalb trägt sich Fräulein Blum an das hohe C, wenn sie es nicht sicher hat? Vorgeschrieben ist es doch nicht. Die ganze Art der Rose, sich zu bewegen, zu sprechen, auch zu lachen, bedarf einer grö-ßeren Disziplin. Die anderen Mitwirkenden, Fräulein För-wald, Herren Martini, Wilhelm und Waber, dessen schöne Mittel manchmal aufstreichigen, genüteten maßigen Ansprüchen. Trotz aller dieser Ausstellungen sollte man sich diese Oper scheunigt für eine Volksvorstellung ausbitten.

## Thalia-Theater.

„Der Barbier von Sevilla“ von Rossini. Nachmittags-vorstellung des Bildungsausschusses.

Dieses noch immer lebensfrische Werk des italienischen Meisters gina am Sonntag vor ausverkauftem Hause in Szene. Und unser Publikum kam im großen und ganzen auf seine Rechnung. Denn abgesehen von der manchmal etwas groben Behandlung, die das Orchester unter Herrn Weiner der ein-schneidenden und voll lustiger Einfälle stehenden Musik zu teil werden ließ; kann man auf seine Rollen. Die Unstimmig-keiten der Musik mögen an die einer bezeugten Orchesterbe-setzung nicht günstigen Mängel des Thalia-Theaters liegen. Im allgemeinen wurde recht wohl gesungen, und — auch be-gehr — Wohl konnte man sich eine über Rolle besser ausfallende

„Rosine“ denken als die des Fräulein Strichmann — ihre Einfüge verwiesen manchmal eine starke Unsicherheit, wie auch ihre Spiel etwas sehr spröde war, aber immerhin bewältigte sie ihren Gesangspart mit sicherer Technik. Zwar hat die Direktion für Herrn Oster, weil er etwas erkaltet war, um Nachsicht, aber wenn auch sein prachtvolles Organ an einigen Stellen den gewohnten Klang ver-smissen ließ, so entschädigte er reichlich durch sein humorpruden-des Spiel, wobei er in Herrn Cavelli einen wirksamen Partner fand. Der ehrsame Gesangsleiter Don Basilien war bei Herrn Wittelkopf sehr gut aufgehoben, wogegen er oftmals Mühe hatte sich hinter dem lauten Orchester Geltung zu verschaffen. Herr Weber war mit seiner lyrischen Stimme ein gar geiziger Graf.

## Literatur.

Aufzug der Lesegemeinde. Seit einiger Zeit bringen auf allen Bahnhöfen Plakate der Lesegemeinde, die zum Vortrag auf-rufen. Die Plakate wurden in Anbetracht der gemeinnützigen Zwecke des Lesevereins kostlos an gebracht. Bekanntlich be-steht in Deutschland und Österreich ein Verein Die Lesel. B., der seinen Mitgliedern in billigster Weise (Beitrag jährlich 6 Mk., d. i. monatlich 50 Pf.) eine Auswahl aus der Literatur bietet in wöchentlichen Vorträgen und in 2 Grats-Jahresblättern. Die Lesegemeinde hat auf diese Weise viele Tausende von geschmackvollen Lesern an sich gesichert und erobert immer mehr alle Kreise; es gehören ihr Tausende von Gebildeten und gleichzeitig Tausende aus dem einfachen Volk an. Die Lesel bildet so einen Mann gegen minderwertige Lektüre und popularisiert die wirklichen Dichter, ist also ein Kulturunternehmen, bei dem niemand fehlen dürfte, vor allem keine Familie. Beitragsanmeldungen nimmt Die Lesel Stuttgart entgegen.

Roux u. Sparvercin „Bismarck“ für Breslau  
Hauptlager, Subenstraße 74, Fern-  
und Umgegend, Sprecher 100, Verkaufsstellen in Bres-  
lau: Leubenstraße 85, Bismarckstraße 28, Berlinerstraße 46,  
Dittelsstraße 8, Gröbchenstraße 18, Wildenbruchstraße 18, Meier-  
straße 5, Vorwerkstraße 61, Kreuzburgerstraße 15, Kleine Schüt-  
tenstraße 16, Deutsch-Allee, Döbnerstraße 18, De-  
la, Marndorf 16, Strobel, Weidenstraße,  
Lützen, Bismarckstraße 18, Bismarckstraße 18, Bismarckstraße 18,  
Lützenstraße 11, Bismarckstraße 60, Bismarckstraße 60.



genommen. Außerdem hat das Betriebspersonal 48 Anträge zu stellen, und zwar: 21 im Fahrplan, — davon 4 schwer, 9 im Werkstattbetriebe und 18 beim Gleisbau. Zusammenfassend im Beschäftigung von Fahrgelehrten wurden gemeldet: 191 mit Straßenfahrern, 22 mit Straßenbahnwagen. Von den Schulden sind 1845,99 Mark Schuldensatz eingezogen worden. In Zeitkarten wurden im Rechnungsjahr insgesamt 69.011 Stück ausgegeben; davon entfallen auf Streckenkarten 28.665, auf Meileskarten 5287, auf Monatskarten 3392, auf Studentenkarten 2010, auf Karten für städtische Bedienstete 12.880, auf Schülerkarten 19.322, auf Personalkarten 189, auf Ferientickets 181, auf Wochenkarten 2055 und auf Duplikate 87 Stück. Die größte Kartenzahl wurde in den Monaten November und Januar herausgegeben (11.269 bzw. 11.925), die geringste mit 1492 im Juni.

### Keine Begünstigung.

Der Gauvorsteher des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Collbarität“, Genosse Olesmann, mußte sich wegen Begünstigung vor dem hiesigen Schöffengericht verantworten. Ein Kassierer des Bundes hatte sich vor einigen Monaten Unregelmäßigkeiten zuschreiben lassen, die Olesmann aufgedeckt hatte, ohne den Kassierer anzuzeigen. Die Anzeige geschah aber anonym von drücker Seite, und so wurde Olesmann im Ermittlungsverfahren gegen den Kassierer von der Polizei als Zeuge gehört. Er sagte aus, es sei noch nicht sicher erwiesen, ob Unregelmäßigkeiten des Kassierers vorliegen; die Fehlbeträge könnten auch auf eine mangelhafte Buchführung zurückzuführen sein. Später wurde Olesmann in der gleichen Angelegenheit vor dem Ermittlungsrichter geladen und eidlich vernommen. Unter dem Eide jagte er aus, der Kassierer habe Geld des Bundes veruntrent. Das Verfahren gegen den Kassierer nahm nun seinen Fortgang und endete mit dessen gerichtlicher Verurteilung. Nachträglich wurde aber auch gegen Olesmann eine Anklage wegen Begünstigung erhoben. In seiner polizeilichen Aussage, die im Gegensaß zur späteren eidlichen Aussage enthielt, daß er für den Kassierer war, wurde die Begünstigung erbracht. In seiner Entschuldigung machte Genosse Olesmann vor dem Schöffengericht geltend, zu der Zeit, als er vor der Polizei aussagte, sei er selbst noch im Zweifel gewesen, ob sich der Kassierer habe Unregelmäßigkeiten zuschreiben lassen. Bei der zweiten eidlichen Vernehmung vor dem Ermittlungsrichter habe er jedoch diesen Zweifel nicht mehr gehabt, weil die Bundesleitung inwiefern die Kassierverhältnisse genau geprüft hatte. Das Gericht mußte diesen glaubhaften Einwand gelten lassen und sprach Olesmann frei, weil unter diesen Umständen von einer Begünstigung des Kassierers nicht mehr die Rede sein konnte.

### Gegen die Konkurrenzklausel

wandte sich auch eine Versammlung der Handlungsgehilfen am Freitag, wo Herr Träger aus Berlin vom Verein der Deutschen Kaufleute den einleitenden Vortrag hielt. Ohne Aussprache wurde einstimmig folgender Beschluß gefaßt:

Die am 24. Januar 1913 in Breslau abgehaltene öffentliche Versammlung des Vereins der Deutschen Kaufleute, unabhängige Organisation für Handlungsgehilfen und -Gehilfen, kann dem Gehehenworte zur Neuregelung der Konkurrenzklausel vom 29. November 1912 nicht zustimmen, da dieser Entwurf selbst unter Berücksichtigung der bezüglichen Aeren die bisherigen gesetzlichen Bestimmungen nicht günstiger für die Handlungsgehilfen gestaltet; vielmehr in seiner Gesamtheit eine erhebliche Verschlechterung bedeutet und in seinen Einzelheiten geeignet ist, die Quelle fortgesetzter Prozesse zwischen Prinzipalen und Handlungsgehilfen zu bilden und damit den sozialen Frieden zu stören. Die Versammlung erachtet in dem Entwurf in seiner jetzigen Form keine geeignete Grundlage zur Neuregelung der Konkurrenzklausel. Sie hält daran fest, daß eine jede Form des Arbeitsvertrags ein vollkommen unbefangenes und unbillige Erschwerung des Fortkommens der Handlungsgehilfen bedeutet, und fordert auf diesem Grunde ein gesetzliches Verbot der Konkurrenzklausel.

### Der Streit der Cafe-Kellner um die Krankenkassenbeiträge.

Die Reichsversicherungsordnung wie das Krankenversicherungsgesetz bestimmen über die Eintrittsgelder und Beiträge zur Krankenkasse, daß die Versicherungen verpflichtet sind, sich die Beiträge um bei den Lohnzahlungen abziehen zu lassen. Die Bedeutung dieser gesetzlichen Vorschrift ist die, der Arbeitgeber darf nur dann Krankenkassenbeiträge von den Angestellten fordern, wenn er Lohn zahlt. Die Cafe-Kellner erhalten aber weder Lohn noch eine sonstige Vergütung; trotzdem müssen sie aber Krankenkassenbeiträge zahlen von ihren Trinkgeldern. Außerdem fordern die meisten Cafetiers von ihnen für das Fügen der Geräte, das von anderen Bediensteten besorgt wird, für den Fahrstuhlführer usw. tägliche Beiträge.

### Aus aller Welt.

30 Millionen unterschlagen. Die belgischen Behörden richteten an die spanischen Grenzbehörden das telegraphische Ersuchen, nach einem Hochstapler zu forschen, der nach Verbüßung von Unterschlagungen in Höhe von 30 Millionen Frank aus Brüssel entflohen ist und sich vermutlich nach Spanien gewandt hat. Aus der Zeitungsmeldung ist der Name des Gesuchten nicht ersichtlich, und man weiß deshalb nicht, ob es sich um den flüchtigen Fälscher und Eisenbahndirektor Jimert handelt. Die belgische Regierung setzte einen Preis von 15000 Frank auf die Ergreifung des Flüchtigen aus.

Ferrers Tochter und Rifons. Der „Matin“ veröffentlicht folgende Notiz: Der König von Spanien wohnte vor einigen Tagen in San der Aufführung der Kreuzer-Sonate durch eine französische Truppe bei. Nach Schluß der Vorstellung landete der König bei Hauptdarstellerin einen Blumenstrauß. Der Adjutant kam mit dem Strauß jedoch sehr bald wieder zurück mit der Erklärung, die Künstlerin hätte die Annahme des Buketts verweigert. Es war Paz Ferrer, die Tochter des jenseitigen ergriffenen spanischen Revolutionärs, Rifons!

Ein ausgedehnter Brand. In einem Theater in der Pariser Vorstadt Belleville fand eine Vorstellung statt, bei der auch ein Löwe mitwirken sollte. Dieser brach aus seinem Käfig aus und es entstand eine heillose Panik unter den Besuchern. Alles pränte nach den Ausgängen. Dabei wurde eine große Anzahl Personen teils leicht, teils schwer verletzt.

Explosion an Bord eines Dampfers. Am Sonnabend explodierte an Bord des Dampfers „Kajago“, der der Schiffsahrtsgesellschaft „Paris“ zugehört, ein verpackt gehaltenes Dynamitquantum, das zu einem Fährten benutzt werden sollte. Zwei Personen wurden hierbei getötet, eine schwer verletzt. Der ausgedehnte Materialschaden ist sehr betrüblich.

Zusammenstoß zweier Hochbahnzüge. In New York stieß am Sonnabend Nachmittag in der 2. Avenue ein Zusammenstoß zweier Hochbahnzüge. Ein Wagen geriet in Brand. Unter den Reisenden entstand eine Panik; Frauen und Kinder wurden niedergetreten. Bis jetzt hat man eine Leiche gefunden, doch sollen mehrere Personen getötet und viele verletzt worden sein.

Der Bergarbeiterverband. Auf dem Eisenbahnen- und Bergbau in der Höhe von Bielefeld sind 4 Bergarbeiter durch niedrigegehende Kohlenmassen und glühende Asche verbrannt worden. Vier Arbeiter konnten noch lebend, aber mit schweren Brandwunden befreit, geborgen werden, ein Arbeiter ist tot.

Um zu wissen, wie sich das Gewerbegericht zu dieser Sache verhalten hat, ob es die Anforderung der Arbeiter als berechtigt ansieht, hatte der Verband der Gastwirtschaftlichen die Angelegenheit in die Hand genommen, und es wurde gegen einige Cafetiers Klage auf Erstattung der eingezogenen Kassenbeiträge usw. erhoben, auch gegen Herrn Geier. Die Verklagten verlangten die Abweisung der Klage. Die Einziehung der auf die Versicherungen entfallenden Beiträge sei rechtmäßig; es verfolge auch nicht gegen die guten Sitten, wenn die Kellner, die sowohl Trinkgelder einheimsen, die Kassenbeiträge zu bezahlen. Natürlich wurde von den Klägern bestritten, daß die Trinkgelder so reichlich fließen. Im übrigen stützte sie sich auf die Reichsversicherungsordnung. Das Gewerbegericht verurteilte in einigen Fällen die Arbeitgeber zur Anerkennung der klägerischen Forderungen, indem es anerkannte, daß von Leuten, die weder Lohn noch Kost erhalten, die ausschließliche auf Trinkgelder angewiesen sind, weder Versicherungsbeiträge eingezogen noch von ihnen besondere Beiträge gefordert werden dürfen. Die Gewerbegerichtsurteile riefen unter den Kellnern große Freude hervor. Doch diese Freude war verflüchtigt. Das hiesige Landgericht erkannte in einer Berufungsklage, daß das Gewerbegericht zur Entscheidung nicht zuständig sei. Es kann sich nur um eine Berufung des Verklagten handeln, und dazu seien die ordentlichen Gerichte zuständig.

In der Sitzung des Gewerbegerichts vom 24. Januar klagten vier Kellner, und alle wurden aufgrund des landgerichtlichen Urteils abgewiesen. Der Verband der Gastwirtschaftlichen wird seinen Mitgliedern Rechtshilfe gewähren, um die Angelegenheit weiter zu verfolgen.

### Die Kellnerfahrt.

Die Breslauer Straßen-Polizeiverordnung vom 23. März 1891 verbot im § 9 das Aushängen und Ausstellen von Verkaufs- und anderen Gegenständen an Gebäuden, Türen usw., die straßenwärts liegen, soweit die Gegenstände über die Straßensucht hinausragen.

Gegen diese Vorschrift sollte sich der Breslauer Kaufmann W. vergangen haben. Er halte zu Beginn der Reisezeit in der Höhe des ersten Stockes eine Kellnerkabine (Schilde) hinausgehängt, die anderthalb Meter lang und einen halben Meter breit war. Sie enthielt die Aufschrift: „Im Reiseumonat außergewöhnlich billige Preise.“

Die Strafkammer in Breslau als Berufungsinstanz sprach den Verkauf frei, weil die Fahne nicht geeignet gewesen sei, den Verkehr zu behindern.

Das Kammergericht gab jedoch der von der Staatsanwaltschaft eingelegten Revision statt, hob die Verurteilung auf und verurteilte den Angeklagten gleich zu der niedrigst zulässigen Strafe von 1 Mark. Begründend wurde u. a. ausgeführt: Es komme nicht darauf an, ob im einzelnen Falle der Verkehr gestört worden sei oder habe gestört werden können. Die Vorschrift müsse eben allgemein beachtet werden. Es genüge, daß hier die Fahne (Kellnerschild) über die Straßensucht hinausgeragt habe und die Polizeivorschrift als verkehrspolizeiliche rechtmäßig sei.

### Warnung vor einer Betrügerin.

Ein sieben Jahre alter Knabe von der Matthiasstraße wurde am Freitag von seiner Mutter mit einer neuen Pöle auf die Rosenthalerstraße geschickt, um sie bei einer dort wohnenden Näherin abzuliefern. In der Rosenthalerstraße hielt eine unbekannt Frau den Knaben an und fragte ihn, was er in dem Pöle habe. Als die Frau hörte, daß der Junge eine neue Pöle habe, befahl sie ihm, eine Frau aus einem Hause auf der Rosenthalerstraße herauszuholen. Selbstverständlich erbot sich auch die Frau, das Vater bis zur Mutter des Knaben zu halten. Als er zurückkehrte, war die Betrügerin mit der Pöle verschwunden. Die Frau hatte rötlichenes Paar und trug runden grünen Mantel; es sei dringend vor ihr gewarnt.

### Die Straßenreinigung in Breslau

behandelt eine Magistrat-Vorlage, die jetzt der Stadtverordneten-Versammlung zugegangen ist. Zweierlei verlangt der Magistrat: ein Ortsstatut über die polizeimäßige Reinigung der öffentlichen Wege innerhalb der geschlossenen Ortslage und ein Ortsstatut über die Erhebung von Gebühren für die Reinigung der Straßen und Plätze mit Asphaltpflaster oder Holzpflaster.

Nach einer Entscheidung des Kammergerichts sind die Hausbesitzer nur verpflichtet, die Straße vor bebauten Grundstücken zu reinigen, nicht auch vor unbebauten Grundstücken. Nach der bisherigen Rechtsprechung war es dem Magistrat nicht möglich, den Ursachen dieses unerwünschten Zustandes ein Ende zu machen. Jetzt geht das mit Hilfe des

Magistratsgesetz, das am 1. April 1913 in Kraft tritt. Danach kann mit Erlaubnis des Polizeipräsidenten in einem Ortsstatut bestimmt werden, daß die Hausbesitzer verpflichtet sind, die Straßen auch vor unbebauten Grundstücken zu reinigen. Der Magistrat erwartet von dem neuen Ortsstatut eine größere Sauberkeit auf den Straßen der Stadt.

Schon vor vier Jahren plante der Magistrat ein Ortsstatut, wonach die Reinigung der Fahrdämme in den Asphalt- und Holzpflasterstraßen durch die städtische Verwaltung ausgeführt werden und die Anlieger zu den Selbstkosten von 90 Pfennig einen Beitrag von 30 Pfennig jährlich für das Quadratmeter Reinigungsfläche leisten sollten. Die Stadtverordneten-Versammlung hat f. B. nach dem Antrage des Magistrats beschlossen, aber der Bezirksausschuß machte einen Eintrag durch die Rechnung und verwarf die Zustimmung. Nunmehr will der Magistrat auch in diesem Falle, geküßt auf das Magereinigungsgesetz, beim Polizei-Präsidenten den Erlaß einer Polizei-Verordnung beantragen, wonach die Anlieger der Asphalt- und Holzpflasterstraßen die Fahrdämme durch die städtische Verwaltung reinigen lassen müssen. Die Hausbesitzer sollen eine Gebühr von 85 Pfg. jährlich für einen Quadratmeter zahlen. Die Steigerung gegen 1909 erklärt sich, wie der Magistrat sagt, aus den erhöhten Selbstkosten von 90 Pf. auf 1,16 Mt. Der Magistrat wünscht noch, daß die beiden Ortsstatute am 1. April in Kraft treten und bitten, deshalb die Stadtverordneten-Versammlung um Beschleunigung.

\* **Breslauer Gemeindefaktoren.** In unserem Bericht in der Sonntagsnummer muß es bei der Beratung der Zentralbibliothek heißen: „Die Berechnung Wieners wurde freilich als zu niedrig angesehen“, — nicht die Bezahlung von Wiener. Genosse Wiener hat für die Verwaltung der Bibliothek nie eine Entschädigung angenommen. Die vorgelegene Bibliothekskarte kann er auch unter keinen Umständen annehmen. — Das Ergebnis der Abstimmung ist auch unrichtig wiedergegeben, es muß heißen: es stimmten 77 Vertreter für die Errichtung der Zentralbibliothek und 20 dagegen.

\* **Die Kellner in den Markthallen** hat sich bisher nicht gut eingestellt. Die Stadtverordneten-Versammlung hat im Oktober 1911 beschlossen, die Galeriesitzungsplätze in den Markthallen an die Firma Josef Wicherich in Leipzig zu verpachten. Der Magistrat beantragt jetzt, den Pachtzins auf 8000 Mt. zu ermäßigen, da es der Firma Wicherich trotz größter Mühe nicht gelungen sei, mehr als 60 Quadratmeter Fläche zu besetzen. Nach dem Vertrage ist sowohl der Verpächter wie die Pächterin berechtigt, den Vertrag für den Ablauf des Vertragsjahres mit dreimonatiger Frist zu kündigen, wenn nicht wenigstens 160 Quadratmeter besetzt sind.

\* **Die 6. Klasse der Knaben-Mittelschulen.** Die vier Knaben-Mittelschulen in Breslau haben gegenwärtig je fünf aufstehende Klassen. Nach einer neueren Entscheidung des Unterrichtsministers werden aber die hiesigen städtischen Knaben-Mittelschulen nur dann als vollausgestaltete Schulen anerkannt, wenn sie sechs Klassen aufweisen. Der Magistrat beantragt deshalb bei der Stadtverordnetenversammlung, von Ostern 1913 an die Kosten für die sechsten Klassen zu bewilligen. Die Ausgaben werden etwa 25.000 Mt. betragen, die Mehreinnahme an Schulgeld etwa 7600 Mt.

\* **Die Sektionsanlage im Wenzel Gandel'schen Krankenhaus** soll nach einem Antrage des Magistrats erweitert werden, da sie nicht mehr genügt. Durch die neue Anlage können auch Wücher ohne Schädigung bis in ihre innersten Teile gereinigt werden. Die Kosten der neuen Anlage betragen 11.800 Mark.

\* **Zur Verbreiterung der Schmiedebrücke** will der Magistrat das Hausgrundstück Schmiedebrücke 40 für 58.000 Mt. ankaufen. Es waren längere Verhandlungen nötig, ehe sich der Eigentümer bereit erklärte, sein Grundstück, das 196 Quadratmeter groß ist, an die Stadt zu verkaufen. Jetzt wäre nur noch das Haus Schmiedebrücke Nr. 89 zu erwerben, um über den Abbruch der verkehrshindernden drei Grundstücke verfügen und dadurch den sehr belebten Straßenzug wenigstens an dieser besonders engen Stelle verbreitern zu können.

\* **Freie Kur und Verpflegung erkrankter Diensthöten.** Die Diensthöten können durch die Verpflegung für ihre erkrankten Diensthöten freie Kur und Verpflegung auch in der Heilanstalt für Nerven- und Gemütskranke verlangen. Bei den städtischen Krankenhäusern bestehen öffentliche Sprechstunden zur Behandlung von Krankheiten jeder Art, auch inneren Krankheiten. Hier werden den Diensthöten verpflegter Diensthöten auf Wunsch, und falls der Unfallarzt Krankenhausaufnahme nicht erforderlich hält, ärztliche Behandlung und die erforderlichen Arzneien aus der Allerheiligenhospitalapothek ohne Aufnahme

beuflüchter illustriert werden als durch diese Schläne des Jagd-gierigen Müßiggängers gegen arbeitende und entbehrnde Kleinbauern? Von der Bauernfreundlichkeit der Großagrarien garnicht zu reden. Es ist ja über allen Zweifel erhaben.

**Brandkatastrophe in Spanien.** Nach einer Meldung aus Saragossa ist in San-Marco, einem kleinen Städtchen nördlich des erst genannten Ortes, eine furchtbare Feuersbrunst ausgebrochen, die die Elektrizitätswerke und verschiedene andere öffentliche Gebäude zerstörte. Von den erschreckten Einwohnern, die zur Rettung und Hilfeleistung herbeieilten, wurden vier Personen durch den elektrischen Strom getötet und etwa 20 weitere schwer verletzt. Der Materialschaden ist ganz bedeutend.

**Der Herr Hund.** Ein Genosse schildert der „Wiener Arbeiterzeitung“ einen für unsere Genossenschaft bezeichnenden Vorfall, den er vor dem Wiener Bezirksgericht beobachtete. Zu der ganzen Wagenburg von Automobilen, die da aufgefahren war, brachte auch ein offenes von Schwedat kommendes Auto eine Gesellschaft. Einige Insassen des Wagens stiegen aus und gingen in den Friedhof. Die anderen — zwei Herren und ein Hund — standen wie wartend eine Weile in der zweiten Reihe der Autos und fuhren dann auch davon. Wieder Richtung Schwedat. Die kurze Wartzeit hatte der Hund, ein kleineres schöner, struppiger Pinsch, benützt, um ein wenig umherzulaufen. So wurde auch er auf ihn aufmerksam. Er trug ein gar seltsames Kleid. Ein „Schabrackel“ über den ganzen Leib, seitlich ein kleid gezeichnete Tasche und aus dieser lugte etwas Weißeßes, Schmutz- oder Bedarfsgegenstand. Es schien wie ein Koffert in die Tasche gestobenes Taschentuch, dessen Ende herausstach. Ich glaubte, mich zu irren, suchte den Pinsch und richtete ihn auf dem Pöfster des offenen Autos und ließ sich ruhig herunter. Es war wirklich ein Spitzentischentuch, das er in seiner Rede stecken hatte. Feine Spitz, Ergehrigspitzen, Bräufelsteile — nehmte es, wo das Hundetischlein von einer gebeugten Frau gekloppt worden ist. Wozu es nur dienen mag? Dem Pinsch die Nase zu wagen, ihm den „Zrengerling“ abzuwickeln? Wahr-scheinlich. Öffentlich führte die Dame, der dieser Pinsch gehört auch Koffertpapier mit, um dem Hündchen auch bei anderen Ver-richtungen menschliche Kultur beizubringen und es so zu ver-hüten, die Spagierfahrten mit vorgeordneten Hinterfüßen machen müssen, wie es die Hunde ohne Bildung tun.



Deutscher Reichstag.

98. Sitzung, Sonnabend, den 26. Januar, vormittags 11 Uhr.

Am Bundesratssitz: Dr. Delbrück.

Etat des Reichsamts des Innern.

Zunächst erfolgt die Abstimmung über die Positionen zur Ausführung des Seefahrtsgesetzes.

Sie werden bewilligt unter Annahme des Antrags Behrens, die Propagandabücher für landwirtschaftliche Korporationen von 900,000 Mark auf 1,000,000 zu erhöhen.

Angenommen wird auch die Resolution der Kommission, dem zu erwartenden neuen Seefahrtsgesetz rückwirkende Kraft bis zum 15. Januar 1912 zu geben.

Beim Kapitel:

„Behörden für die Untersuchung von Seesunfällen“

ergreift das Wort: Abg. Schumann (Soz.): Die rechtlose Lage der seemannischen Arbeiter ist hier schon mehrfach erörtert worden, aber für die Wünsche der Seeleute inbezug auf den Schutz von Leben und Gesundheit ist bisher wenig getan.

Die vor 2 Jahren vorgenommene Revision der Seemannsordnung ist als Scheinreform zu bezeichnen, die nach dem Grundgesetz Maß mit dem Ziel, aber nach nicht nach ausgeführt wurde.

Weder ein modernes Vertragsrecht, noch eine fortschrittliche Gerichtsbarkeit ist den Seeleuten gewährt worden, ebensowenig eine Regelung der Arbeitszeit und des Kost- und Logiswesens.

Vor allem ist auch nicht der Wunsch nach Schaffung eines Reichsschiffahrtsamts erfüllt worden, eine von den Unternehmern unabhängige Aufsichtsinstitution.

Die Offiziere und Kapitäne verlangen nach Reichsschiffahrtsamt, nur die Reeder wenden sich dagegen, sie erblicken darin eine gefährliche Bevormundung und unzulässige Einmischung in ihre Angelegenheiten.

Der wahre Grund ist die Furcht der Reeder, durch eine unabhängige Kontrollbehörde mehr wie bisher in der Ausbeutung der seemannischen Arbeiter beeinträchtigt zu werden.

Der Wunsch nach einem Reichsschiffahrtsamt ist aber mit dem steigenden Umfang der Schiffahrt, mit der wachsenden Zahl der Seeleute immer stärker geworden, vor allem ist eine solche Kontrollbehörde ja auch im allgemeinen Interesse, aus Rücksicht auf Leben und Gesundheit der Passagiere, notwendig.

(Sehr richtig! b. d. Soz.) Ueber die unhaltbaren Verhältnisse lästet den Schleier ab und zu ungeheure Katastrophen. Es ist noch nicht lange her, daß ein großes Unglück als Folge der Profitgier und Refordbucht erfolgte, ich meine den Untergang der „Titanic“, wo 1600 Menschen dem Dscholch Kapitänismus geopfert wurden.

Auf einem Schiff, das 32 Millionen gekostet hat, waren nicht einmal genügend Rettungsboote vorhanden. Von Interessentenseite wurde gesagt: Ja, das ist ein englisches Schiff, bei uns in Deutschland ist alles in bester Ordnung.

Über Sachverständige behaupten das Gegenteil. Auch bei unseren Schiffen ist das Unwesen der Refordbucht verbreitet. Nach dem Urteil eines Sachmannes in der „Frankf. Bl.“ ist auch auf unseren großen Passagierdampfern nicht genügend Bootsräume für alle Passagiere vorhanden.

Die Ausstattung der Boote ist unzureichend, weil der Raum für die Lebensbedürfnisse der Passagiere erster Klasse gebraucht wird. Gemeingefährlich ist die

Bootsunkundigkeit

der Mehrheit der Schiffsbesatzung. (Hört, hört!) Unangenehm ist auch die Ausrüstung der Schiffe. Was man aus deutschen Schiffen Bootsmänner nennt, bezeichnen Fachleute als Kinderer.

Es fehlt an genügenden Schwimmgürteln usw., nicht alle Schiffe sind mit drahtloser Telegraphie ausgerüstet, und vor allem fehlt es an genügend zur Bedienung der Apparate ausgebildetem Personal.

Nun hat am 6. Mai 1912 nach der Titanic-Katastrophe eine Konferenz stattgefunden, die man als Kellamekonferenz der deutschen Großreederei bezeichnen könnte.

Man hat dort um den Kern der Sache herumgeredet und falsche Behauptungen aufgestellt. Tatsache bleibt, daß mindestens 75 Prozent der deutschen Schiffsbesatzung auf Passagierschiffen bootsunkundig sind. (Hört, hört! b. d. Soz.)

Eine internationale Konferenz wurde in Aussicht genommen. Die Vertreter der beteiligten Arbeitergruppen hat man natürlich wieder nicht zugezogen.

Nach einer Erklärung des Staatssekretärs Delbrück sollten Vertreter der Versicherten von der Seeverberufsgenossenschaft zur Begutachtung ihrer Vorschläge gehört werden.

Davon, daß nichts geschehen ist, ist mir nicht bekannt. Professor Flamm (Charlottenburg) hat Ausbau der Bestimmungen über die Schotten und ihre Ausdehnung auf die Frachtdampfer gefordert; ferner Bemessung des Bootsräume nach der Zahl der Passagiere und schließlich eine unabhängige Behörde als Kontrolle.

Diesen Vorschlägen eines hervorragenden Sachverständigen traten die Direktoren des germanischen und des Norddeutschen Lloyd entgegen. Diese Herren fürchten eben eine Einschränkung der Ausbeutungsfreiheit.

Die Unfallverhütungsvorschriften sind ja teilweise sehr schön, sie stehen aber bloß auf dem Papier. Ueber ihre Durchführung zu wachen, werden die seemannischen Arbeiter durch die Seemannsordnung verhindert, weil sie zu unweigerlichem Gehorsam verpflichtet sind, selbst unberechtigten Befehlen müssen sie gehorchen, sie können sich nur nachher beschweren, doch hinter dem Beschwerderecht lauert die Bestrafung.

Die Vorschriften über die Besetzung der Fischdampfer hat die von den Reedern gänzlich abhängige Seeverberufsgenossenschaft auf Verlangen der Reeder geändert. (Hört, hört! bei den Soz.)

Vielmehr werden Dampfer mit ungenügendem Maschinenpersonal herausgeschickt, z. B. bei den Differenzen in Bremerhaven. Diese Vorgänge scheinen allerdings auf einer Verordnung des Reichsanwalters zu beruhen, wonach bei erwiesener Personmangel von den Vorschriften der Seeverberufsgenossenschaft über die Besetzung Dispens erteilt werden kann.

Ferner erinnere ich an das belannte Kapitel der Sargschiffe.

Sargschiffe.

Von einer einzigen Reederei gingen 3 solche Schiffe in kurzer Zeit zu Grunde, wobei 65 Menschen ums Leben kamen. (Hört, hört! bei den Soz.) Diese und viele andere Fälle beweisen, wie man mit Leben und Gesundheit der deutschen Seeleute umgeht.

Zahlreich werden Unfälle auch hervorgerufen durch die auf Grund der Seemannsordnung zulässige schändliche Behandlung der Mannschaften, auf die manche Selbstmorde zurückzuführen sind.

Die Zahl der Unfälle betrug in den Jahren 1898 bis 1911 68 688, darunter fast zehntausend Todesfälle. Mit der Steigerung der Prosperität steigen auch die Unfälle; also je flotter das Geschäft geht, um so mehr werden die Schutzbestimmungen für die Arbeiter ausgehöhlet, die Seeleute sehen ihr Leben ein für die Sicherheit der Passagiere.

Um so mehr ist es zu verurteilen, daß man dieser Arbeiterchaft keine Gelegenheit gibt, bei der Behandlung der Frage mitzuwirken, die im eigentlichen Sinne des Wortes für sie Lebensfragen sind. Beziehen sich die Worte des Staatssekretärs von der Selbstverständlichkeit einer gewissen Ruhepause in der Sozialpolitik, auch für die Sozialpolitik im Interesse der Seeleute? Wird das neue Seesunfallgesetz, das uns versprochen ist, wieder in der Verletzung verfallen, weil die Unternehmer nicht damit einverstanden sind? Die seemannischen Arbeiter halten an ihren oft betonten Forderungen fest, sie spielen in dem Verlangen nach einer durchgreifenden Revision der Seemannsordnung in der Forderung von Seeschiffengerichten nach Art der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte, der Einführung eines Reichsbemannungsgesetzes, einer behördlichen Schiffbau- und

Schiffahrtskontrolle unter Mitwirkung von Arbeitervertretern in einem Reichsschiffahrtsamt und den entsprechenden Sozialinstanzen, in der Regelung der Leicht- und Kleinstablen und in der Reform der seemannischen Sozialgesetzgebung.

Ihre wichtigste Forderung aber ist die Anerkennung und Sicherstellung ihres Koalitionsrechtes. Die Erfüllung dieser Forderung ist die beste Garantie für die Sicherheit der deutschen Seeschiffahrt. (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

Ministerialdirektor v. Sonnener: Die Regierung will durchaus nicht nicht auf dem Gebiet der Seeschiffahrt eine Pause im Ausbau der Sozialpolitik eintreten lassen.

Der Entwurf eines neuen Seeschiffahrtsgesetzes

Ist im Reichsamt ausgearbeitet, doch haben sich die beteiligten Bundesregierungen in einigen wichtigen Punkten noch nicht geeinigt. Ob und wann das der Fall sein wird, kann ich nicht sagen.

Jedenfalls halten wir es für richtig, anlässlich der „Titanic“-Katastrophe die großen Fragen, um die es sich hier handelt, zu erledigen. Wir haben ernstlich zu prüfen gehabt, ob bei uns alles in Ordnung ist. In dem Urteil über englische Schiffe möchten wir uns hier doch einigermaßen Reserve aufheben.

Das ist Aufgabe der englischen Behörden und die englische Regierung hat gerade aufgrund ihrer Untersuchungen gebeten, die internationale Konferenz in London stattfinden zu lassen, womit wir einverstanden sind.

Unsere Konferenz vom 5. Mai zur Prüfung unserer eigenen Verhältnisse war durchaus keine Vertuschungskonferenz. Sie hat positive Ergebnisse für unser Verhalten auf der internationalen Konferenz gezeigt.

Auch die seemannischen Arbeiter sind bei der Vorbereitung zur Konferenz gehört worden, und zwar in Hamburg unter Vorlage des gesamten Materials. Nach dem Protokoll hielten die Arbeitervertreter, unter ihnen auch Herr Paul Müller, den der Vorstand der Arbeitervereine lassen wird, sich mit den Vorschlägen einverstanden erklärt.

(Hört, hört!) In der Votumsfrage stehen sich zwei Meinungen gegenüber. Die einen verlangen Durchführung des genügenden Bootsräume für jede Person, die andere halten das ohne Gefährdung des Schiffes für unmöglich.

Welche Auffassung auf der internationalen Konferenz die Oberhand gewinnen wird, kann man noch nicht sagen. Auf den großen Dampfern befinden sich 70 bis 75 Prozent bootsundiges Personal.

Die Vorschriften der Seeverberufsgenossenschaft über die Fischdampfer unterliegen der Genehmigung des Versicherungsamtes, einer Reichsbehörde, die Sie wohl gelten lassen. Es gibt augenblicklich zu wenig Maschinenisten und deswegen hat der Reichsanwalt gestattet, daß ein Oberheizer als zweiter Maschinenist mitgeht.

Die Reederzeit erwirbt dabei nichts, denn dieser Oberheizer wird so bezahlt, wie ein zweiter Maschinenist. Die Zahl der Selbstmorde von Heizern ist in den letzten Jahren beständig gestiegen.

Tagegen hat die Zahl der allgemeinen Unfälle 1912 leider zugenommen. Dies Jahr hatte besonders große Katastrophen infolge der großen Stürme. Von ihm abgesehen ist die Unfallzahl in den letzten Jahren ständig zurückgegangen.

Ueber die „Sargschiffe“ ist vor zwei Jahren ausführlich gesprochen worden. Die seemannische Untersuchung hat damals ergeben, daß lediglich höhere Gewalt und nicht mangelhafte Ausrüstung der Schiffe in Frage kam.

Abg. Dr. Deckner (Vpl.): Der Abg. Schumann hat eine heftige Anklage gegen die deutsche Schiffahrt nur mit allgemeinen Redensarten begründet. Er schloß seine leidenschaftliche Anklage an die „Titanic“-Katastrophe an. In England aber besteht eine staatliche Aufsicht, während in Deutschland die Aufsicht von der Seeverberufsgenossenschaft ausgeübt wird.

Eine Schiffahrt ohne eiserne Disziplin ist doch ganz undenkbar. Vorfälle von Schiffskatastrophen werden sich ab und zu immer ereignen. Fehler kommen auch in der Schiffahrt vor, aber im allgemeinen ist die Entwicklung unserer Schiffahrt ein Ruhmesblatt für die Tätigkeit unserer Seeleute und Kapitäne und für den Unternehmungsgeist unserer Kaufmannschaft. (Beifall b. d. Vpl.)

Abg. Graf v. Westarp (Vpl.) protestiert ebenfalls gegen die Angriffe auf die Seeverberufsgenossenschaft. Abg. Schumann (Soz.): In England funktioniert das staatliche Schiffamt deswegen nicht, weil die Reeder ihren Einfluß darauf geltend machen, genau wie in Deutschland.

Herr Deckner hat selbst anerkannt, daß vieles in unserer Schiffahrt oberhalb sei. (Widerspruch des Abg. Deckner.) Nun, jedenfalls dem Sinne nach. Die Sozialpolitik im Interesse der Seeleute wird hoffentlich in der Zukunft in lebhafterem Tempo gefördert werden. (Bravo! b. d. Soz.)

Das Kapitel wird bewilligt. Beim Kapitel „Statistisches Amt“ ergreift das Wort Abg. Wendt (Soz.): Durch die Erhebungen des Statistischen Amtes über die Arbeitszeit in den gewerblichen

Fuhrwerkbetrieben und in der Binnen-Schiffahrt sind übermäßig lange Arbeitszeiten und das fast völlige Fehlen der Sonntagsruhe festgestellt worden.

Der Beirat für Arbeiterstatistik hat deshalb vom Reichsgesundheitsamt ein Gutachten über die Wirkungen der langen Arbeitszeit im Fuhrwerksgewerbe eingeholt, das schon im Juli 1908 eingegangen ist.

Es wurde eine Ruhezeit von mindestens zehn Stunden für das Fuhrwerksgewerbe darin verlangt. Der Beirat für Arbeiterstatistik begnügte sich nur eine neunstündige Ruhezeit zu verlangen, jeden vierten Sonntag frei, die Sonntagsarbeit auf zwei bis drei Stunden herabzusetzen und für die Arbeiter unter 16 Jahren den achtstündigen Arbeitstag zu verlangen.

Im Binnen-Schiffahrtsgewerbe ging die Sache ebenso, auch hier wurde ein Gutachten des Reichsgesundheitsamtes eingeholt und auf Grund desselben Forderungen aufgestellt. Der Bundesrat hat von diesem Gutachten doch wohl Kenntnis erlangt.

Warum hat er in diesen beiden Berufen trotzdem nichts getan, um den mörderischen Zuständen ein Ende zu bereiten. Hat er sich auch hier von den Scharfmachern ungerne lassen? Die Regierung hätte doch allen Unsch, im Interesse der Volksgesundheit und damit auch in dem der Erhaltung unserer Produktionskraft und unserer Wehrkraft die übermäßig lange Arbeitszeit einzuschränken.

Im Königreich Sachsen hat die Landeszentralbehörde jetzt eine fünfzehnstündige Arbeitszeit mit zweistündiger Pause im Fuhrwerksgewerbe angeordnet. Da kann man sich denken, was für lange Arbeitszeit in dem Gewerbe herrscht.

Was bleibt aber einem Menschen

bei fünfzehnstündiger Arbeitszeit noch vom Leben übrig? Ein solcher Mensch arbeitet nicht, um zu leben, sondern er lebt, um zu arbeiten wie ein Kaster. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Eine so lange Arbeitszeit läßt keine Zeit zur geistigen Entwicklung und zur Pflege des Familienlebens und der Gerechtigkeit.

Die Arbeiter dieses Gewerbes haben keinen Anteil an den geistigen Erwerbungen unserer Zeit. Wenn man zulassen will, daß Kinder von 16 Jahren 15 Stunden beschäftigt werden, so fehlt mir dafür der parlamentarische Ausdruck. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Solche Kinder müssen in kurzer Zeit körperlich und geistig verkrüppeln. Wir verlangen den achtstündigen Arbeitstag für alle Arbeiter unter 18 Jahren. Ferner verlangen wir nicht jeden vierten Sonntag frei, wie der Beirat für Arbeiterstatistik, sondern jeden dritten Sonntag. Durchführbar ist das, wie selbst Unternehmer zugeben, und wie der Umstand beweist, daß Tarifverträge auf dieser Grundlage abgeschlossen sind.

Zur die Regierungen nichts, um eine gesetzliche Arbeitszeit im Fuhrwerksgewerbe einzuführen, so machen sie sich müßig, wenn Leben und Gesundheit dieser Arbeiter ruiniert wird.

Ähnlich sieht es im Binnen-Schiffahrtsgewerbe aus. Die Unternehmer haben gegen eine Sonntags- und Nachtruhe positioniert. Der Reichstag ist darüber

einfach zur Tagesordnung übergegangen und selbst auch zu einer gesetzlichen Regelung gelangt. Einer solchen widersehen sich aber die Regierungen. Die Nachtruhe ist aber für Schiffer eine Lebensfrage, und sie werden nicht ruhen, bis sie eventuell durch den wirtschaftlichen Kampf erreicht haben.

Sie für die Rheinschiffahrt wird beabsichtigt, eine siebenstündige Nachtruhe durchzuführen, allerdings ohne bestimmte Begrenzung. Auch dann wäre also noch eine 24 stündige Beschäftigung möglich.

Die Konferenz der Binnen-Schiffahrt, die in Koblenz gelagt hat, fordert daher eine achtstündige Nachtruhe. Daß die Forderungen der Binnen-Schiffahrt durchführbar sind, die achtstündige Nachtruhe, jeden Monat einen Sonntag, ferner der erste Feiertag zu Ostern, Pfingsten und Weihnachten, sowie der Charfreitag ausbleiben, beweist die Tatsache, daß auf dem Rhein diese Verhältnisse durch Tarifvertrag bereits erreicht sind.

Wir ermahnen daher baldigst die Verlegung eines Gesetzesentwurfes zur Regelung der Arbeitszeit in der Binnen-Schiffahrt. Erfüllt die Regierung die Wünsche der Binnen-Schiffahrt nicht, so trägt sie die Verantwortung für schwere wirtschaftliche Kämpfe in diesem Gewerbe, bei welchen die Sympathie aller rechtlich denkenden Menschen auf Seiten der armen Flößer sein wird. (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Abg. Wendorf (Vpl.): Leider sind die von uns gewünschten Erhebungen über die Art der Bodenbenutzung in Deutschland nicht ausgeführt worden. Die Kosten bei solcher für zukünftige Handelsvertragsverhandlungen sehr wichtigen Erhebungen dürften keine Rolle spielen.

Auch auf dem Gebiet der Viehzüchtungen sollte mehr getan werden und vor allem sollten die Ergebnisse möglichst schnell veröffentlicht werden. Soweit sie bis jetzt bekannt sind, ist die Anzahl der Schweine in Deutschland ganz enorm zurückgegangen. (Hört, hört! links)

Beimrat Müller: Eine Viehzählung soll an jedem 1. Dezember stattfinden, Zwischenzählungen vorzunehmen, welche hoch wohl zu wert sein. Vor allgemeinen Schlüssen aus den bisher erfolgten Veröffentlichungen möchte ich doch warnen, solange die Ergebnisse aus Preußen nicht vorliegen.

Abg. Spitzel (Soz.): In der Schwerindustrie kommen noch außerordentlich zahlreiche Ueberstunden vor. Die Industriellen laufen Sturm dagegen, daß die Sonntagsarbeit als Ueberarbeit angesehen wird. Die Arbeiter werden in dieser Industrie zur Sonntagsarbeit gezwungen. (Hört, hört! bei den Soz.)

Sogar mit Vergeltung geht man gegen die Arbeiter vor. Vielfach wird auf den

Hütten- und Walzwerke

auch ohne Genehmigung der Behörde gearbeitet. Die Industriellen verlangen, bevor eine Verbesserung der Arbeitsverhältnisse in den Hütten und Walzwerken durch eine Bundesratsverordnung erfolgt, noch eingehende statistische Erhebungen.

Wenn die Regierung und das Statistische Amt solche Erhebungen nicht noch für notwendig halten, so müssen dazu jedenfalls der Beirat für Arbeiterstatistik und die gewerkschaftlichen Organisationen herangezogen werden. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.)

Abg. Feldmann (Soz.): Beimrat Caspar hat bestritten, daß die Arbeiter unter den Steinarbeitern besonders häufig ist. Statistische Erhebungen würden das Gegenteil beweisen. Unter den deutschen Steinarbeitern sind die Gehälter und die Arbeitsbedingungen viel ungünstlicher als in Österreich.

Gegen die Bundesratsverordnung, durch die wenigstens etwas geschehen ist, kommen außerordentlich viel Verträge vor. Die Verordnung steht vielfach nur auf dem Papier, denn der Gewerkschaften fehlt es an Befugnissen, ihre Durchführung zu erzwingen.

(Widerspruch: Kampf bildet den Rechner, sich nicht zu weit vom Statistischen Amt zu entfernen.) Eine Statistik würde ergeben (Gitterkeit), daß die Hälfte der beim Ueber-schlagenden tätigen Steinmehrer im Freien wohnen. So ist dieses Denkmal zugleich ein Denkmal der Struempeloffizier deutscher Unternehmer. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Die Unfallziffer in der Steinindustrie ist sogar höher als im Baugewerbe. (Hört, hört! bei den Soz.) Sehr traurige Mißstände herrschen auch im Kunststeinbau. Von den Schieferbrechern fallen über die Hälfte der Lungentuberkulose anheim. In Sandsteinbetrieben werden selbst Kinder beschäftigt.

Ein Steinbruchbesitzer beschäftigte sogar Kinder unter 10 Jahren 10 Stunden lang, und wurde dafür nur mit 3 Mark bestraft. Präsident Kampf: Ich bitte wiederholt, beim Statistischem Amt zu bleiben. (Abg. Arndt: Da ist er ja noch garnicht gewesen! Gitterkeit.)

Abg. Feldmann: Statistische Erhebungen würden ergeben, in wie elender Lage sich die Arbeiter befinden, jedoch Abhilfe dringend notwendig ist. (Bravo! bei den Soz.) Das Kapitel wird bewilligt.

Es folgt das Kapitel „Reichsgesundheitsamt“. Abg. Käppler (Soz.): Im Müllerergewerbe ist eine Verkürzung der Arbeitszeit dringend geboten. Infolge der großen Staubentwicklung sind die Arbeiter dieses Gewerbes vielfach von Lungenerkrankungen heimgegriffen und verfallen der Lungenschwindsucht.

Die lästige Wirkung der langen Arbeitszeit wird noch durch die Sonntagsarbeit verstärkt. Die Bundesrats-Verordnung von 1896 bereitet den Arbeitern eine herbe Enttäuschung, denn sie garantierte ihnen nur den 16 stündigen Normalarbeitstag. (Hört, hört! bei den Soz.)

Sinter den Vorschlägen des Dr. Wörtschhofer blieb sie weit zurück, und die ungerne Arbeiter wurden sogar noch von den geringsten „Sonnungen“ dieser Verordnung ausgeschlossen. Mindestens ein Zwölfteltag müßte im Müllerergewerbe gesetzlich festgelegt werden, und die volle Sonntagsruhe. Mit Recht hat ein Parlament gesagt, wer den Arbeitern den Sonntag nimmt, begeht Diebstahl.

In der Schweiz ist die Sonntagsruhe in acht Mühlern gesetzlich eingeführt; auch bei uns sollte einmal Schluss gemacht werden mit dem Raubbau, der durch die lange Arbeitszeit an der Gesundheit der Mühlenerbeiter getrieben wird. (Bravo! bei den Soz.)

Abg. Aker (Zentrum): In Deutschland geschieht sehr viel für den gesundheitlichen Schutz der Arbeiter. Besonders erfreuliche Fortschritte sind auf dem Gebiet der Bekämpfung der Säuglingsfürsorge zu verzeichnen. Leider fehlt es noch an einer gründlichen Reform des Hebammenwesens.

Es stehen in Deutschland immer noch 4000 Frauen jährlich, am ersten Tage nach der Geburt, und ebensowenig später an den Folgen der Geburt. Die Ausbildung der Hebammen ist dringend besserungsbedürftig; sie müßten bis zum Schluss des ersten Jahres erfahrene Hebammen der jungen Mütter sein können.

Auf diesem Gebiete sollte die Regierung endlich etwas Durchgreifendes schaffen. (Bravo! im Zentrum. Zuruf bei den Soz.: Reichsversicherungsordnung!) Die Weiterberatung wird vertagt auf Dienstag 1 Uhr (vorher kurze Anfragen).

Schluss 4 1/2 Uhr.

Gewerkschaftsbewegung.

Stadt und Schlesia.

Legilarbeiterverband. Am 21. Januar hielt die Breslauer Zahlstelle im „Doppelner Schloßbräu“ die erste Mitgliederversammlung ab, die sich eines besseren Besuchs erfreute als die vorläufigen Versammlungen. Dem Kassendirektor war zu entnehmen, daß sich im vergangenen Quartal die Einnahmen und Ausgaben mit 79,85 M. heben.

Nach der Erklärung der Reduzierten, Müller, Delege und Kasse in besser Ordnung bestanden zu haben, wurde der Kassierer entlassen. Dann hielt der Kassierer Müller einen Vortrag über die



